Nr. 197 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 99

Morgen-Ausgabe

1 Mark

Bezugspreis:
Vierteljährl. 90.— M., monatl. 30.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 30.— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, sowie Oesterreich u. Luxemburg 64.— M., für das übrige Ausland 82.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 12.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 3.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 2.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 6.— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Donnerstag, den 27. April 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Die Sanktionsfrage in Genua.

V. Sch. **Genua**, 26. April. (Eigener Drahtbericht.) Die am heutigen Abend der englischen und amerikanischen Presse von der britischen Delegation übergebene Erklärung hat hier lebhaftes Aufsehen erregt. Man erblickt in der Formulierung, wonach die Ausführung des Versailler Vertrages eine Sache sei, die alle alliierten Signatarmächte interessiere, die stärkste Antwort auf die hochtrabenden Behauptungen Poincarés über die Absicht und das Recht Frankreichs, selbständig vorzugehen. Die Bedeutung der Erklärung wird noch dadurch erhöht, daß nach einer von Barthou selbst stammenden Darstellung die Sache etwas anders und harmloser aussah. Nach dieser Darstellung hätte Lloyd George mit Barthou am Vormittag über die Frage der Einberufung einer Konferenz des Obersten Rates konferiert, wobei der französische Delegationsführer erklärt hätte, er werde den Wunsch Lloyd Georges Poincaré übermitteln, müsse sich aber auf diese Briefträgerrolle beschränken und wolle nicht selbst dazu Stellung nehmen. Die englische Erklärung, die in der Form eines Communiqués verbreitet wurde, erweckte daher gerade bei den französischen Journalisten Ueberraschung, weil daraus zwei wesentliche Abweichungen von der Darstellung Barthous hervorgehen: erstens hatte Barthou von einem Wunsche Lloyd Georges gesprochen, den er übermitteln würde, während das englische Communiqué klar feststellte, daß es sich um eine Tatsache handle, über die sich die Mehrheit der Alliierten bereits geeinigt hätte. Zweitens wäre in der Darstellung Barthous nur von einer Tagung des Versailler Obersten Rates die Rede, während das englische Communiqué von den Signatarmächten von Versailles spricht. Nebenbei bemerkt, läßt eine buchstäbliche Interpretation des Wortlautes des englischen Communiqués keine andere Bedeutung zu, als daß auch Deutschland, das doch ebenfalls Signatarmacht von Versailles ist, zu dieser Tagung hinzugezogen werden müßte. Es kann aber schon jetzt mit Bestimmtheit gesagt werden, daß das nicht beabsichtigt sei, da Lloyd George ausdrücklich von den Signatarmächten mit Ausnahme der früher feindlichen Mächte gesprochen haben soll.

Die Anwesenheit Deutschlands auf einer solchen Tagung, die den offensichtlichen und bestimmten Zweck verfolgt, sozusagen über Poincaré zu Gericht zu sitzen, sei gegenwärtig undenkbar. Aber die Interpretation, die gerade französische Kreise den Ausführungen Lloyd Georges und besonders dem Ausdruck Signatarmächte geben, ist nicht weniger interessant. Man erblickt darin den deutlichen Wunsch, Amerikas Teilnahme nicht nur zu ermöglichen, sondern sogar zu erwirken.

Lloyd George wolle die Anwesenheit der Regierungshäupter in Genua und die Drohrede Poincarés zum Anlaß nehmen, den gesamten Fragenkomplex der Reparationen und der Berechtigung zur Sanktionsergreifung neu aufrollen. Da Amerika Anspruch auf einen Anteil an den Besatzungskosten erhoben habe, müsse es bei einer Erörterung jener Fragen, die durch die Rede Poincarés aufgeworfen würden, unbedingt anwesend sein. Selbst die Franzosen glauben nicht, daß Poincaré sich diesem Antrage der Mehrheit der Alliierten wird widersetzen können. Einmal muß diese Auseinandersetzung doch stattfinden, und zwar vor dem 31. Mai. Aber man hält es für möglich, daß er für diese internationale Konferenz einen anderen Tagungsort als Genua vorschlage, da er sich darauf versteife, die Reparationsfrage in Genua nicht besprechen zu lassen, auch nicht auf einer rein interalliierten Tagung, weil ihm hier die Anwesenheit der Deutschen zu gefährlich erscheinen dürfte.

Heute nachmittag haben Lloyd George und Barthou eine neue zweistündige Unterredung gehabt, die der Russenfrage galt. Es wurde ein Fragebogen ausgearbeitet, der morgen in ultimativer Form der russischen Delegation überreicht werden soll; doch konnte eine volle Einigkeit über den Inhalt dieses Fragebogens noch nicht erzielt werden. Man hofft jedoch zu dieser Uebereinstimmung morgen vormittag zu gelangen.

Poincarés Rede wird geprüft.

Genua, 26. April. (Intel.) Wie heute abend bekannt wird, haben die einladenden Mächte den Beschluß gefaßt, morgen eine Sitzung abzuhalten, um über einzelne Punkte der Rede Poincarés zu diskutieren und eine klare Stellung herbeizuführen.

Genua, 26. April. (EP.) Wie Lloyd George heute abend durch seinen Sekretär mitteilen ließ, ist die Mehrheit der Alliierten an sich der Ansicht, daß die Zusammenkunft aller Unterzeichner des Versailler Vertrages in Genua unbedingt und so rasch als möglich notwendig ist, um die Maßnahmen zu beraten, die Poincaré in seiner Rede in Bar-le-Duc angekündigt hat. Großbritannien kenne die Tragweite dieser Maßnahmen nicht und hält es für unerläßlich, daß alle Alliierten davon unterrichtet werden. Es wird sich nicht um eine Zusammenkunft des Obersten Rates handeln, sondern um eine Konferenz der Signatarmächte des Versailler Vertrages, von denen die meisten Regierungshäupter, Sachverständige und zuständige Rechtsberater anwesend sind. Die englische Regierung dringt auf die Beratung über die Maßnahmen in Genua. Eine Anregung der französischen Regierung möchte durch den Botschafterrat in Paris unter Hinzuziehung der Vertreter der Kleinen Entente und Polens beraten und entscheiden lassen. Lloyd George zieht aber unbedingt die Zusammenkunft in Genua vor. Die Alliierten müssen die von Poincaré geplanten Maßnahmen vorher kennen lernen. Ihre Ankündigung habe aber eine sehr ernste und gefährliche Lage geschaffen, und die Maßnahmen selbst gingen alle Unterzeichner des Friedens an.

Poincaré kommentiert sich.

Agence Havas veröffentlicht eine halbamtliche Erklärung, nach der Poincaré in seiner Rede in Bar-le-Duc nicht habe sagen wollen, daß Frankreich am 31. Mai gegebenenfalls eine Sonderaktion unternehmen werde, Frankreich werde, obgleich es auch selbst sanktionsberechtigt wäre, lediglich den alliierten und assoziierten Mächten den Umständen entsprechende Maßnahmen vorschlagen, wenn die Reparationskommission eine schuldhafte Verfehlung Deutschlands in bezug auf die geforderten Steuer- und Kontrollmaßnahmen feststellen sollte.

•

Eine durch WTB. verbreitete halbamtliche Darlegung zur Rede Poincarés führt aus:

Wenn Deutschland, so heißt es im Versailler § 17 der Anlage 2 des Abschnittes über die Reparationen, irgendeiner seiner Reparationsverpflichtungen nicht nachkommt, so zeigt die Reparationskommission diese Nichterfüllung unverzüglich jeder der beteiligten Mächte an und teilt ihr gleichzeitig ihre Vorschläge über die im Hinblick auf diese Nichterfüllung hier angebracht erscheinenden Maßnahmen mit.

Für den Fall, daß eine vorsätzliche Nichterfüllung vorliegt, wird im § 18 bestimmt, daß die Maßnahmen, zu denen die alliierten und assoziierten Regierungen berechtigt sind und die Deutschland nicht als feindselige Handlungen betrachten darf, in wirtschaftlichen und finanziellen Sperr- und Vergeltungsmaßregeln bestehen können, überhaupt in solchen Maßnahmen, welche die genannten Regierungen als durch die Umstände geboten erachten.

Aus diesem Wortlaut der Bestimmungen, die Herr Poincaré zweifellos im Auge hat, sieht man, daß nirgends von einem selbständigen Vorgehen der einzelnen an der Reparation beteiligten Mächte die Rede ist. Aus dem ganzen Wortlaut des Reparationssystems ergibt sich vielmehr ohne weiteres das Gegenteil. Bekanntlich ist die Durchführung der gesamten Reparationen vollständig in die Hände der Reparationskommission gelegt. Keine der alliierten Mächte kann ihre Reparationsansprüche für sich allein gegen Deutschland geltend machen. Sie haben sich vielmehr nur an die Reparationskommission zu wenden. Die Reparationskommission verfügt von sich aus naturgemäß über kein Mittel zur Erzwingung deutscher Leistungen. Solche Mittel haben nur die in ihr vertretenen Mächte. Da aber die Vorschläge für die Wahl dieser Mittel von dem gemeinsamen Organ ausgehen, kann auch die Anwendung der Mittel nur von den beteiligten Mächten beschlossen werden. Wenn eine Macht von sich aus ohne Verständigung mit den anderen Mächten vorgeht, so würde sie das ganze Reparationssystem durchbrechen. Ebensowenig, wie die einzelne Macht unmittelbar Reparationsansprüche gegen Deutschland geltend machen kann, kann sie auch für sich allein Zwangsmaßnahmen zur Durchführung dieser Ansprüche ergreifen. Die Reparationen stehen der Gesamtheit der beteiligten gegnerischen Mächte zu. Das gleiche muß folglich für die Anwendung aller Mittel gelten, die der Vertrag etwa für die Vollstreckung der Reparationen vorsieht.

Nach der Besetzung von Frankfurt a. M. im Frühjahr 1920 hat ja Frankreich die Rechtswidrigkeit solchen Sondervorgehens auch zugeben müssen.

Eine Rede Millerands.

Paris, 26. April. (WTB.) Der Präsident der Republik, Millerand, hat heute in Philippeville in Algerien eine Rede gehalten, in der u. a. sagte, Frankreich ziele auf keinerlei Hegemonie. Es wolle nicht den Wiederaufbau Europas seinem eigenen zum Opfer bringen, aber es glaube, ohne sich den Vorwurf der Selbstsucht und der Ungerechtigkeit zuzuziehen, das Recht zu der Annahme zu haben, daß der Aufbau Frankreichs, das verwüstet wurde, weil es den Armeen der Zivilisation als Schutzwall diente, einen ebenso wichtigen Teil des europäischen Wiederaufbaues darstelle. Millerand betonte den friedlichen Charakter der aufeinanderfolgenden französischen Regierungen gegenüber Deutschland seit Anfang 1920. Die Politik bestehe darin, daß Frankreich der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands keinerlei Widerstand entgegensetze unter der einzigen und unerläßlichen Bedingung, daß die Entwaffnung und die Reparationen zur Tatsache werden. Millerand erklärte zum Schluß, daß die Alliierten angesichts des Vertrages von Rapallo alles nichtig machen würden, was gegen die Bestimmungen von Versailles verstoße und daß sie ihr Einvernehmen aufrechterhalten würden, um das Friedenswerk zum guten Ende zu führen.

Vollsitzung am Montag.

V. Sch. **Genua, 26. April. Für den nächsten Montag ist eine Vollsitzung der Konferenz geplant, in der die bisherigen Ergebnisse der Kommissionsberatungen mitgeteilt und zur Debatte gestellt werden sollen.**

Ein Kampf ums Recht.

Zur preußischen Justizdebatte.

Drei Tage hat im Hauptausschuß des Preußischen Landtages die Generaldebatte über den Justizetat gedauert. Gewiß eine lange Zeit und vielleicht ein Anlaß zur Kritik für die, die meinen, daß in den Parlamenten zu viel geredet werde. Aber diese Aussprache war bitter notwendig, sie konnte nicht umgangen oder verkürzt werden. Denn über keinen Zweig des preußischen Staatsorganismus liegt eine ähnliche Fülle von Beschwerden vor, wie über die Justiz. Nichts hat gerade den Teil der Bevölkerung, der freudig der Republik und die Demokratie bejaht, so verbittert, als die nicht abreißende Kette unverständlicher und unverständiger Urteile, mit denen sich die Justiz gleichsam als Restkörper des alten Obrigkeitsstaates mitten in die Demokratie hineinpflanzt.

Das gerade gibt der Beratung des Justizetats Jahr für Jahr ihr besonderes Gesicht: während bei den übrigen Etatsberatungen die Koalitionsparteien wohl auch hie und da zur Kritik genötigt sind, im allgemeinen aber anerkennend und verteidigend hinter den Maßnahmen der Regierung stehen, sind sie — zum mindesten die linksstehenden Koalitionsparteien — bei diesem Etat gezwungen, die Rolle des Anklägers zu spielen. Nichts zeigt besser als dieser Umstand, wie unorganisch und unverschmolzen unsere heutige Rechtspflege im republikanisch-demokratischen Staatswesen dasteht: Sozialdemokraten und bürgerliche Demokraten waren fast schärfer und energischer in ihren Anklagereden, als die Unabhängigen und Kommunisten, von denen namentlich die letzteren weit mehr Schadenfreude als irgendwelchen Willen zu positiver Besserung der Verhältnisse zeigten.

Die sozialdemokratische Fraktion ging außerordentlich gut gerüstet in diesen Kampf. Ihr Material an Einzelfällen und Urteilen, die den reaktionären Geist der Rechtsprechung beleuchten, war nicht nur unerschöpflich, sondern auch nach jeder Richtung hin hieb- und schußfest. Nur in ganz wenigen Fällen kam es vor, daß gegen die Richtigkeit der Darstellung eines sozialdemokratischen Redners Einwendungen erhoben wurden. Im allgemeinen begann die Aeußerung des Justizministers oder seiner Vertreter zu dem vorgetragenen Einzelfall mit den Worten: „Die Darstellung des Herrn Redners ist richtig . . ."

Aber auch die Quantität der Fälle mußte — um ein Hegelsches Wort zu gebrauchen — mit der Zeit in Qualität umschlagen. Nach der Rede des ersten sozialdemokratischen Redners glaubte der deutschnationale Landgerichtsrat Dr. Seelmann noch triumphierend ausrufen zu können: „Also die 25 Fälle, die hier Herr Kuttner zur Sprache gebracht hat, sind alles, was Sie mühsam in einem Jahr der Rechtsprechung an Fehlurteilen zusammengebracht haben." Als aber die Genossen Heilmann und Dr. S. Rosenfeld diese Provokation damit beantworteten, daß sie weitere Dutzende von gleich schweren und schwereren Fällen zur Sprache brachten, da schlug doch die zuversichtliche Stimmung der Rechten um, die Tonart wurde eine andere. Die rechtsstehenden Redner wagten selbst nicht mehr den Versuch, das vorgetragene Material zu entkräften; sie gaben die zitierten Urteile und ihre Verfasser preis. Ihre Verteidigung beschränkte sich im wesentlichen auf Redensarten, wie daß Irren menschlich sei, daß die Richter auch nur Menschen seien, daß Fehlurteile auch bei der besten Justiz nicht vermieden werden könnten usw.

Gewiß ist Irren menschlich. Gewiß ist auch der beste Richter ein unvollkommenes Wesen. Aber wenn der Irrtum beharrlich in einer ganz bestimmten Richtung geht, wenn sich seine Folgen mit mathematischer Sicherheit gegen die Arbeiterklasse richten, dann liegt etwas anderes vor als die bloße menschliche Unvollkommenheit des Richters. Dann erkennen wir ein falsches System, auf dem unsere Rechtspflege beruht, und dessen tiefste Wurzel darin zu finden ist, daß die Arbeiterklasse auch heute noch von der aktiven Anteilnahme an der Rechtspflege so gut wie ausgeschlossen ist. Die Erkenntnis, daß dieser Uebelstand in unerträglicher Weise das Vertrauen zur Rechtspflege zerstören muß, ist erfreulicherweise im Fortschreiten. Es kann als ein Erfolg des unermüdlichen sozialdemokratischen Anschauungsunterrichts gebucht werden, wenn selbst ein Mann wie der volksparteiliche Abgeordnete und Richter Stendel, der bei früheren Beratungen noch die Justiz durch Dick und Dünn verteidigte, jetzt erklärte, daß er der Sozialdemokratie in diesem Punkt Recht gäbe: es müßten alle Bevölkerungsklassen gleichmäßig zur Rechtspflege herangezogen werden.

Der Verwirklichung dieser Forderung arbeitet man nur entgegen, wenn man, wie die Kommunistin Rosi Wolffstein es tat, als Rechtsideal der Kommunistischen Partei den Satz aufstellte: Die Freunde der revolutionären Arbeiterschaft müßten grundsätzlich von der Justiz verschont, die Feinde dagegen mit drakonischer Strenge bestraft werden. Mit Recht führte Genosse Heilmann aus, daß dieser Standpunkt die Verneinung jeder Rechtsidee ist. Es ist

dies — nur weit zynischer und offenherziger zum Ausdruck gebracht — der Standpunkt des alten Obrigkeitsstaates, der ja auch im Prinzip die „Gutgesinnten" schonte, die „Schlechtgesinnten" mit allen Schreckmitteln der Justiz verfolgte. Die demokratische Rechtsidee kann nur Freunde und Anhänger gewinnen, wenn sie es sich zur Aufgabe macht, den bisher von der Rechtspflege mißhandelten Grundsatz „gleiches Recht für alle" aus einer Theorie zur Wirklichkeit zu erheben. Nicht dazu ist die Arbeiterbewegung da, um die schlechten Vorbilder ihrer Unterdrücker zu kopieren, sondern um die tiefere Kultur des bürgerlichen Staates durch höhere Kulturideale zu überwinden.

Die Justizreform ist in einem — leider sehr langsamen — Fortschreiten. Unsere Aufgabe muß es sein, diesen Entwicklungsgang zu beschleunigen. Wir dürfen und können uns nicht damit begnügen, wenn der Einfluß des Laienelements auf die Strafrechtspflege, wie das die Reform plant, bedeutend vergrößert wird. Wir können uns nicht einmal begnügen, wenn die Auswahl der Laienrichter auf so demokratischem Wege erfolgt, wie wir das verlangen. Auch zum Berufsrichtertum muß der Arbeiterklasse ein Weg eröffnet werden. Es hat das Entsetzen aller gelehrten Perücken verursacht, daß im vorigen Jahre ein dahinzielender sozialdemokratischer Antrag mit knapper Mehrheit vom Landtag angenommen wurde. Durch einen Gegenantrag suchen bei der diesjährigen Etatsberatung die Rechtsparteien das unangenehme Faktum aus der Welt zu schaffen. Auch die Deutsche Volkspartei ist daran beteiligt, woraus zu ersehen ist, daß die Erkenntnis des Herrn Stendel bei ihr einstweilen Theorie bleibt.

Wir brauchen den Kampf um die Justizreform nicht zu scheuen. Gerade die dreitägige Debatte im Hauptausschuß hat bewiesen, daß auf unserer Seite die besseren Argumente, daß auf unserer Seite vor allem das Recht ist. Mit Stolz können wir die Sozialdemokratische Partei heute als die stärkste, energischste und entschlossenste Hüterin der Rechtsidee bezeichnen. Diese Idee läßt sich nicht unterdrücken, sie wird sich Bahn brechen. Auf wessen Seite das Recht ist, dem gehört im Kampf um die Zukunft der Sieg.

Der 1. Mai in den Schulen.

Der amtliche preußische Pressedienst schreibt:

Der 1. Mai ist in Preußen kein gesetzlicher Feiertag. Es ist daher an dem Tage grundsätzlich in den Schulen Unterricht zu halten.

Hinsichtlich der Beurlaubung von Beamten, Angestellten und Arbeitern vom Dienst am 1. Mai hat sich das preußische Staatsministerium dem Beschluß des Reichskabinetts angeschlossen, es gelten demgemäß bei Anträgen von Lehrern (Lehrerinnen) auf Befreiung vom Dienst sinngemäß die für Beamte getroffenen Anordnungen; Gesuchen von Eltern und Erziehungsberechtigten auf Befreiung ihrer Kinder vom Unterricht am 1. Mai ist zu entsprechen.

Noch einmal: „Wirklicher Wucher!"

Zu diesem Leitartikel in unserer Nr. 189 schreibt uns der Gen. E. Hartmann, Thür. Staatsminister, noch:

Meine Zeilen über den Wucher der Zuckerfabriken sind einen Tag zu früh erschienen. Ich schrieb unter anderem über die Lieferung von Zucker:

„Vor Mai gibt es nun nichts wieder und was der Zucker dann kostet, wissen die Götter."

Das Rätsel ist inzwischen gelöst; die Fabriken hatten die Güte, die zukünftigen Preise mitzuteilen.

Sie erhöhen für die nächsten Lieferungen die 100 Kilo um 700 M. von rund 1300 auf 2000 M. obwohl ihnen die Rohstoffe keinen Pfennig mehr kosten.

Es sei noch einmal wiederholt: Im Herbst 1920 wie 1921 waren die Zuckerrüben der Zentner mit 20 M. zu liefern. Im Zuckerwirtschaftsjahr 1920/21 wurden die 100 Kilo Verbraucherzucker mit 575 bis 627 M. geliefert. Im Wirtschaftsjahr 1921/22 im Anfang mit 700 M., jetzt schon mit 2000 M. In diesem Aufschlag steckt eine Steuererhöhung von 36 M., so daß für die Fabriken 1264 M. oder 35 mal 36 M. bleiben.

Das nennt man freie Preisbildung oder „Wucher".

Kampf gegen die Teuerung in Bayern.

München, 26. April. (Eig. Drahtbericht.) Heute abend fand in München eine große von der Sozialdemokratischen Partei einberufene Teuerungsdemonstration gegen die „Volksauswucherung durch die bayerische Bauernschaft anläßlich des eben einsetzenden Fremdenstromes" statt. Die vier Rednerlokale waren bereits um 6 Uhr von den aus den Betrieben geschlossen einrückenden Arbeitermassen überfüllt, ebenso die improvisierten Parallelversammlungen. Eine neuartige Erscheinung in München war das völlige Fehlen des unter Pöhner so beliebten Polizeiaufgebots mit Maschinengewehren und Panzerautos. Es wurde eine Entschließung gefaßt, in der die Versammelten fordern: 1. die Abwehr der Bestrebungen auf restlose Herstellung der freien Wirtschaft, 3. die Ausschaltung des Zwischenhandels, Verminderung der Aufkäufer durch Einziehung der Konzessionen und Neuausgabe derselben an nur sachverständige Aufkäufer, die unter staatlicher Kontrolle zu arbeiten haben, 4. Sicherstellung der Brotversorgung durch sofortigen Ankauf von Auslandsgetreide, 5. Einsetzung einer Sachverständigenkommission, die alle Möglichkeiten zur Herbeiführung eines allgemeinen Preisstillstandes zu prüfen hat, 6. Aufnahme der Vorarbeiten zur Wiedereinführung der organisierten Bewirtschaftung der notwendigen Lebensmittel. — Der bayerische Ministerrat tagte seit heute morgen, um zu diesen bereits vorher mitgeteilten Forderungen Stellung zu nehmen. Als großer Erfolg der Partei kann die Zustimmung der Regierung zu Punkt 3 der Resolution gebucht werden. Die Demonstration verlief würdig und eindrucksvoll und ohne Störung.

Ja, Bauer . . .

Die „Nationalliberale Korrespondenz", das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, bringt einen begeisterten Aufsatz über die vom sozialdemokratischen Minister Severing ausgesprochene Ernennung des deutschvolksparteilichen Landtagsabgeordneten Dr. Rose zum Regierungspräsidenten von Stade. Sie überschreibt die Meldung: „Dem Volke zum Nutzen, der Partei zur Ehr . . ."

So geschieht es, wenn ein Mitglied der Deutschen Volkspartei zu einem Staatsamt kommt. Wird aber ein Sozialdemokrat dazu berufen, dann heult die ganze Deutsche Volkspartei über — Futterkrippenwirtschaft. Wir registrieren diese Zwiespältigkeit der Meinungen, wohl wissend, daß die „Zeit" mit Herrn Alexander sagen wird: Ja, Bauer, das ist ganz was anderes!

Kapp schwerkrank.

Leipzig, 26. April. (WTB.) Dem Generallandschaftsdirektor Dr. Kapp, der wegen eines Geschwulstes in der linken Augenhöhle operiert wurde, mußte das linke Auge entfernt werden, ebenso die erkrankten Teile des Schädels.

Der Killinger-Prozeß verlegt.

Offenburg, 26. April. (WTB.) Die „Offenburger Zeitung" hört, daß infolge der Vertagung der Schwurgerichtsperiode, deren Beginn auf den 22. Mai festgesetzt wurde, damit zu rechnen ist, daß die Verhandlungen gegen Kapitänleutnant Killinger erst Anfang Juni beginnen werden. Ueber den Aufenthalt der Mörder Erzbergers Schulz und Tillesen nach ihrem Fortgang aus Budapest ist nichts bekannt.

Friedrich Austerlitz, der Chefredakteur der Wiener „Arbeiterzeitung", feierte dieser Tage seinen 60. Geburtstag. Der österreichische Parteivorstand veröffentlicht aus diesem Anlaß — von seinem Recht Gebrauch machend, auch gegen den Willen des Chefredakteurs Veröffentlichungen vorzunehmen — in der „Arbeiterzeitung" ein herzliches Glückwunschschreiben. Glückwunsch und Dank sind wohlverdient, denn Genosse Austerlitz hat in einem Menschenalter hingebungsvollen Wirkens die „Arbeiterzeitung" zu einem ausgezeichneten Blatt gemacht.

Der Held in der Tüte.

Es lohnt mitunter, daß der Berliner in die Provinz geht. Wandernde Jugendgenossen, die in den Ostertagen den Kreis Guben besuchten, fanden dort in Materialwarenhandlungen sogenannte „Wundertüten" mit folgendem niedlichen Aufdruck:

Deutsche Helden!
Wundertüte.
(Nunmehr folgt das Porträt Wilhelms des Ehemaligen mit aufgewirbeltem Schnurrbart.)
Kaiser Wilhelm II.
Gefüllt mit hübschen Ueberraschungen.

Die Monarchisten dürfen hoffen! Wir hatten geglaubt, daß Wilhelm die Ueberraschungen, mit denen er unzweifelhaft gefüllt war, zum Leidwesen des deutschen Volks bereits von sich gegeben hätte. Aber da er noch weitere enthält, und man in den gleichen Geschäften auch Ruprecht von Bayern, „gefüllt mit hübschen Ueberraschungen", zu kleinen Preisen beziehen kann, so wird sicher selbst München anerkennen, daß man sich hier einmal von den „Saupreißen" um Eselsohrenlänge hat schlagen lassen. . . .

Verfehlte Rechtsauslegung.

Zur Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen.

Das Oberlandesgericht Stettin machte sich durch Urteil vom 18. Februar 1922 den Standpunkt des Pommerschen Landbundes zu eigen, daß weder den Regierungskreisen als Demobilmachungskommissar noch dem Reichsarbeitsminister das Recht zusteht, Schiedssprüche, welche den Tarifvertrag zum Inhalt haben, für verbindlich, noch allgemein verbindlich zu erklären. Damit sollte ein Hauptstück der durch die Demobilmachungsvorschriften geschaffenen Verbesserung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere die Anerkennung der freien Gewerkschaften und ihrer Tarifverträge, beseitigt werden. In dieser Richtung hat man sich nicht nur in Pommern bemüht.

Doch die in den Landbünden organisierten landwirtschaftlichen Unternehmer und die dahinterstehenden Preßorgane haben sich diesmal zu früh gefreut. Sie haben auf Grund dieses Urteils bereits alle Vorbereitungen getroffen, um aus der sich aus dem Urteil ergebenden, für sie günstigen Sachlage die Konsequenzen zu ziehen und alle Schiedssprüche der Sonderschlichtungsausschüsse für null und nichtig erklären zu lassen. Die Scharfmacher übersehen in ihrem blinden Eifer dabei nur ein sehr wesentliches Moment.

Am 7. März 1922 hatte das Reichsgericht in einer gleichen Sache zu entscheiden. Das Reichsgericht erkannte dem Reichsarbeitsminister im Gegensatz zu der Entscheidung des Oberlandesgerichts in Stettin das Recht zu, Schiedssprüche, die einen Tarifvertrag zum Inhalt haben, für verbindlich und allgemein zu erklären. Auf Grund dieses Urteils, das in seinem Wortlaut nebst Begründung und Kommentar in den nächsten Tagen der Oeffentlichkeit und den Interessenten unterbreitet werden wird, besteht die Möglichkeit, das niedergetretene Recht wieder zur vollen Geltung zu bringen. Der Deutsche Landarbeiterverband wird nicht unterlassen, wenn es den Herren des Pommerschen Landbundes beikommen sollte, den Landarbeitern ihre Bezüge, die ihnen auf Grund der Entscheidungen der Sonderschlichtungsausschüsse zustehen, zu kürzen, das Streitverfahren einzuleiten. Um den Ausgang ist weder die pommersche Landarbeiterschaft noch der Deutsche Landarbeiterverband besorgt.

Um die Eisner-Dokumente.

München, 26. April. (Eig. Drahtbericht.) Morgen beginnt in München ein großer politischer Prozeß, den der ehemalige Sekretär Kurt Eisners, Fechenbach, gegen die Münchener bürgerliche Presse angestrengt hat. Es wurde diesem von den Münchener Blättern der Vorwurf gemacht, er habe zusammen mit Kurt Eisner mit dem Ziel der bewußten Fälschung amtliche Urkunden „über den Ursprung des Krieges" herausgegeben. Als Zeugen sind geladen Fürst Lichnowsky, Graf Montgelas, Delbrück, Professor Schücking. Eine große Anzahl ausländischer Journalisten hat sich zu dem Prozeß eingefunden.

Das Zeitungssterben. Das „Frankfurter Mittagsblatt" stellt sein Erscheinen Ende Mai ein. Die „Wehlauer Zeitung" hat ihr Erscheinen bereits aufgeben müssen.

Von der Krone des Virtuosen.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Der künstlerische, der ästhetische und der Empfindungseindruck eines Musikwerks erschließt sich nie dem Auge allein, das mit noch so sicherem Blick Noten und Partituren durchforscht. Das innere Ohr ist für den Musiker viel, aber nicht alles; für den großes Schaffenden kann nur in schicksalsmäßigen Ausnahmefällen der Verlust des Ohres Segen werden (Beethoven, Franz Smetana), weil jeder störende, verwirrende Außenreiz vom akustischen Seelenleben ausgeschaltet bleibt. Es ist unsere schönste Schwäche, von der Schönheit einer musikalischen Nachbildung (Reproduktion) auch auf den Wert des Werks (der Produktion) etwas überstrahlen zu lassen. Der Nachschaffende kann tatsächlich ein schwaches Werk durch die Kraft und Größe seiner Darstellung in eine Genialität hineinretten, die uns der kritische Blick niemals herzaubern würde.

Dreimal in einer Woche wurde das Exempel auf die Relativität unseres Urteils gemacht: bei Bruno Walter, bei der Onegin, bei Emil Sauer. Dreimal reichte die Art der Nachbildung hoch über das Niveau des gestalteten Werks. Das sind Großleistungen eines künstlerischen Virtuosentums, wie es mit Fug und Recht jedes fortgeschrittene Jahrzehnt wieder in seinen Bann schlägt. Wehe aber den Nachahmern! Bruno Walter hat das Pech, Schlesinger zu heißen. Sonst wäre er wohl irgendwie in die kleine, engste Stichwahl um einen Nikisch-Posten gekommen. So wird er sein landfahriges Blut durch die ganze Musikerwelt kreisen lassen. Und wird es als Mahler-Apostel stets in Ehren tun. Die dritte Sinfonie ist in ihrem ersten großen Teil ein einziger Akt der Unzufriedenheit, des Schreis, des gequälten Hin und Her. Dabei liegt ihm die frohe Studentenweise zugrunde! Mit Herz und Hand hatte sich hier Mahler weder dem Singen noch dem Jubeln hingegeben; ein bromarbasierender Zug freut sich an dem Militärmarsch am dissonierenden Trompetenlauf. Eine ungemein rege Phantasie windet sich im Zickzack der Kombinationen und Modulationen, großartig und spukhaft, empfindungsvoll und bizarr, kräftig und zerrissen — ein Genie und ein Kapellmeister. Das Grandiose hob Walter mit einer Eindringlichkeit sondergleichen in Riesenhöhen, der darstellerische Erfolg blieb auch dem Erdgewachsenen dank einer wirklichen Einfühlung dieses Feinarbeiters am Orchesterklang treu. Frau Onegin sang die vorgestrige Andromache-Arie von Max Bruch. Verlebte Romantik, sinkender Himmel. Diese Stimme, ein Wunder von Natur, ein größeres Wunder der Kultur, steigt gradlinig empor, der schön timbrierte deutsche Alt, stahlhart, purpurn, sinnlich und siedeheiß. Jeder Ton zwingt uns zu kniefälliger Andacht; mag immer das Werk in Trümmer gehen — das Instrument hat Besitz ergriffen von unserer Seele. So auch bei Sauer, der in romantischer Kunst — Schumann, Chopin, Liszt — zum höchsten Triumph aufwächst, in Beethovens op. 109 aber letzte Erkenntnisse zu vermitteln scheint. Der letzte große Salonvirtuose, der aparteste Uebermittler eigener Klangreize, der galanteste und unproblematischste all der großen Könner, die ihre Kunst aus der besonderen Atmosphäre des Flügels herleiten. Unter 1000 Pianisten lebt nur ein Sauer.

Der Griff zu solcher Krone des Virtuosentums ist einem Manne wie Ignaz Tiegermann zwar ewig versagt; aber die sinfonischen Variationen Cesar Francks heben sich kühn, plastisch und korrekt unter seinen Fingern ab. Brecher leitet das Orchester; er gibt der allzu witzigen, in den Pointen kleinen Ali-Baba-Ouvertüre Cherubinis nicht mehr Bedeutung, als sie haben kann, nämlich: keck und interessant als Instrumentalstück des Programmanfangs zu wirken. Der „Brautwahl"-Suite von Busoni hilft er zu einem Erfolg, der immer da für Busoni am leichtesten zu erringen ist, wo ihm sein Intellekt nicht erst abwegige Ideen der Musik herholen muß. Hier ist Material, Spuk und Lyrik und Mystik und Funkenzauber durcheinander. Brecher macht das alles sehr eindrucksvoll und lebendig.

Franz Kirchberger steckt noch in den Kinderschuhen der Künstlerlaufbahn. Fingertechnik gleitet über die Seele des Tons hinweg. Wenn schon Cellist, dann anders. Gerardy sei das Vorbild. Talent ist da, stärker noch bei der resoluten Begleiterin Alida Hecker. Lilla Kalmán war schlecht beraten. Wie konnte sie mit Beethovens Weihekonzert anfangen! Und was fing sie damit an? Auch unter ihren Fingern konnte das Geniewerk, Krone alles Anti-Virtuosen, nicht zum Etudenwerk werden. Die junge Dame hat Kraft und Rhythmus, ihre Griffsicherheit ist noch ungeschlacht. Sie bleibe noch bei der Sonate, beim Spohr- und Viotti-Konzert! Auch der Dadaist Schulhoff halte zurück mit seinen Angriffen auf Ohr und Herz. Der Konzertsaal ist kein Kabarett. Die Reger-Suite von Poulenc, trefflich vorgeführt, hat ihren monotonen Reiz, Strawinskys vierhändige Tänze sind hochbegabte Ungezogenheiten. In Schulhoffs eigenen Arbeiten steckt ein Ironiker voll irregeleiteten Talents, ein Abseitigsein aus Beruf. Schade, wenn die Begabung versandete. Mit Ohrfeigen allein ist's nicht getan, wenn man ein Publikum gewinnen will. Letzte Krone des Virtuosentums: Andacht vor sich selber.

Die Brotpreisskala des Aerztehonorars. Eine eigenartige Lösung für die Frage der Erhöhung des Aerztehonorars haben die Aerzte in Leisnig gewählt. Wie in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift" mitgeteilt wird, haben sie beschlossen, ihrer Honorarberechnung den jeweiligen Brotpreis zugrunde zu legen. Sie geben das durch folgenden Wartezimmeranschlag bekannt: Das dauernde Fortschreiten der allgemeinen Teuerung zwingt uns Aerzte, unsere Honorarforderungen dem sinkenden Markwert anzupassen. Wir werden uns künftig in bescheidenster Weise den herrschenden Brotpreis zur Richtschnur nehmen. Als Mindestsätze gelten daher bis auf weiteres die Friedenssätze von 1914 (3 M. für den Besuch, 2 M. für die Beratung, 1 M. für den Doppelkilometer Fortkommen), vervielfacht mit der Zahl, die sich ergibt, wenn der heutige Preis für ein Pfund Brot durch 15 (1914 kostete ein Pfund Brot 15 Pf.) geteilt wird. Diese Brotpreisskala entspricht ungefähr der Berechnung nach der Reichsindexziffer.

Nach dem heutigen Preise des Markenbrotes bedeutet das aber dann eine Verfünfundzwanzigfachung der Aerztehonorare. Glückliche Aerzte! Andere „Geistesarbeiter", zumal Schriftsteller, Redakteure, müssen sich immer noch mit dem Zehn- bis Fünfzehnfachen ihres Friedenshonorars begnügen.

Gerichtliche Entscheidung eines Krieges. Es ist eine altbekannte Tatsache, daß die Entscheidungen des Schlachtengottes häufig sehr zweideutig sind. Besonders seit der Erfindung der Generalstabsberichte siegen in den meisten Kämpfen beide Parteien. Bis endlich der eine der beiden Sieger endgültig besiegt ist und auch das schönste Kriegspressequartier ihn nicht von der Notwendigkeit entbinden kann, die Bedingungen des Gegners anzunehmen. Die „Wiener Arbeiter-Zeitung" gibt ein Beispiel dazu aus dem Allerseelenputsch des Karl Habsburg. Die Karlisten drangen solange siegreich vor, bis sich ihnen die Regierungstruppen entgegenstellten. Bei Budaörs kam es dann zu einem Gefecht, nach dem Ostenburg in einem Getreidefeld versteckt gefunden wurde und sich Karl Habsburg weinend ergab. Die Karlisten waren also nach allen Regeln des Kriegskodex besiegt, und man sollte glauben, daß niemand wagen kann, an dieser Tatsache zu rütteln. Aber die Gräfin Esterhazy rüttelt dennoch. Sie hatte nämlich in den Karlisten-Putsch fünfundzwanzig ihrer schönsten Pferde gesteckt. Diese fielen ebenso wie Karl und Ostenburg in die Hände der Regierungstruppen. Frau Esterhazy, die sich so nicht nur um den erhofften Gewinn, sondern auch um den Einsatz betrogen sah, verlangte vom ungarischen Aerar den Gegenwert für die Pferde. Aber das Aerar stellte sich auf den Standpunkt, das der Karl-Putsch kein Roßhandel, sondern ein Krieg gewesen und die Pferde rechtmäßig erbeutet worden seien. Frau Esterhazy brachte nun die Sache vor das Gericht, wo sie behauptete, Karl sei nicht besiegt worden, sondern habe sich aus gutem Herzen ergeben. Das Gericht wird also darüber zu entscheiden haben, ob Karl Habsburg richtig besiegt worden ist oder nicht.

Zum Wiederaufbau Nordfrankreichs. Gelegentlich einer Veröffentlichung aus dem Wiederaufbaugebiet Ostpreußens, weist „Die Volkswohnung" (Verlag Wilhelm Ernst u. Sohn) auf die Tatsache hin, daß es bisher nicht gelungen ist, die Erfahrungen auf organisatorischem und technischem Gebiet, die in Ostpreußen gesammelt wurden, für den Wiederaufbau in Frankreich nutzbar zu machen. Die Zerstörungen im französischen Kriegsgebiet bilden heute noch immer eines der ernstesten Hindernisse für die Ausbreitung einer wahrhaft friedlichen Gesinnung in Europa. Die „offene Wunde am Körper Frankreichs", kann aber, wie allgemein zugegeben wird, nicht heilen, ohne die tatkräftige Mitarbeit Deutschlands. Und viel Leid hätte längst gelindert werden können, wenn die deutsche Hilfsbereitschaft nicht immer wieder zurückgewiesen wäre. Deutschland hat hier mehr als nur den guten Willen zur Hilfsbereitschaft anzubieten. Es hat Erfahrungen zur Verfügung zu stellen, die bei Linderung eigenen Kriegsunglücks gesammelt wurden, nachgewiesen an einer Leistung, die nicht nur nach Größe und Umfang, sondern auch als organisatorische und bautechnische Schöpfung der höchsten Achtung würdig ist.

Im Deutschen Künstler-Theater endet das Operettengastspiel am Sonntag. Am Montag wird Hauptmanns „Kollege Crampton" mit Eugen Klöpfer in der Titelrolle in den Spielplan aufgenommen.

In der Hochschule für Musik und in dem Institut für Kirchenmusik in Berlin findet zurzeit der erste staatliche Fortbildungskursus für Chordirigenten statt. Die Teilnehmer, die aus allen Gauen des Reiches und dem besetzten Gebiet kommen, sind vom Deutschen Sängerbund und vom Arbeiter-Sängerbund aus der großen Zahl ihrer Mitglieder ausgewählt.

Mensch und Mode im 18. Jahrhundert. Zur Erinnerung daran daß Mannheim als kurpfälzische Residenz ein blühender Mittelpunkt der Kultur des 18. Jahrhunderts gewesen ist, veranstaltet dort die städtische Kunsthalle vom 7. Mai bis 11. Juni eine Ausstellung, in der die besondere, vielleicht durch keine Zeit übertroffene Schönheit der farbigen Erscheinung dieser Epoche veranschaulicht werden soll.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Demonstriert am 1. Mai für Völkerversöhnung und Völkerfrieden!

Deutschland und Sowjetrußland.

Moskau, 26. April. (WTB.) Der deutsche diplomatische Vertreter in Moskau, Professor Wiedenfeld, und der Stellvertreter Tschitscherins, Karachan, haben die sofortige Wiederaufnahme der völkerrechtlichen diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland in vollem Umfange beschlossen. Es wurde eine grundsätzliche Einigung herbeigeführt über die Wiederherstellung des beiderseitigen Konsularnetzes, nach dem Stande vom Januar 1914 unter Berücksichtigung der Gebietsveränderungen beider Länder und der veränderten Struktur Rußlands.

Die Londoner Bedingungen.

Genua, 26. April. (TU.) Das Londoner Programm, auf Grund dessen mit den russischen Delegierten verhandelt wird, umfaßt folgende sieben Punkte: 1. Die russische Sowjetregierung erkennt die Finanzverpflichtungen ihrer Vorgängerin, d. h. sowohl der kaiserlich-russischen, als auch der Kerenski-Regierung ausdrücklich an; 2. ebenso alle vorangegangenen Finanzverpflichtungen der russischen Provinzial- und -Lokalbehörden; 3. die Sowjetregierung übernimmt die Verantwortung für den materiellen Schaden, den Ausländer infolge Nichterfüllung von Verträgen oder anderen Ursachen, insbesondere infolge irgendeiner Aktion oder fahrlässigen Unternehmung der Sowjetregierung erlitten haben; 4. diese Verantwortung wird entweder von einer russischen Staatsschuldenkommission oder von besonders zu errichtenden gemischten Gerichtshöfen festgestellt; 5. die Zahlung der Schulden und Entschädigungen erfolgt nach einer gemeinsam zu vereinbarenden Tabelle; 6. unter Vorbehalt der Bestimmungen des Versailler Artikels 116 wird einer Entschädigungsforderung russischer Staatsbürger aus militärischen oder ähnlichen Korporationen nach einem zu vereinbarenden Modus Rechnung getragen; 7. die Guthaben einer der Sowjetregierung vorangegangenen Regierung in der Zeit vom 1. August 1914 bis zum 7. September 1917 bei auswärtigen Banken, deren Regierungen den russischen Regierungen Kredite gewährt haben, werden diesen Regierungen gut geschrieben. Die Rechte Dritter dürfen durch diese Bestimmung nicht beeinträchtigt werden. Dieselbe Bestimmung gilt auch für Länder, deren Regierungen in der angegebenen Zeit eine russische Anleihe garantiert haben.

Genua, 26. April. (Reuter.) In gut unterrichteten Kreisen verlautet, daß offiziöse Besprechungen mit den Russen keine wirkliche Annäherung zwischen den Alliierten und den Russen gebracht haben. Es bestehen keine Anzeichen dafür, daß Rakowski von dem von den Russen eingenommenen und von den Alliierten für unannehmbar erklärten Standpunkt abrückt. Die Lage sei daher augenblicklich zweifellos sehr ernst. Die Alliierten würden einer weiteren Verzögerung überdies sehr ungeduldig gegenüberstehen. Wenn die Konferenz niederbreche, so sei das auf die halsstarrige Haltung Rakowskis zurückzuführen. — An maßgebender Stelle wird erklärt, Lloyd George wolle Genua nicht verlassen, bevor die Arbeit im wesentlichen unter Dach gebracht sei.

Neutrale Vermittelung.

Genua, 26. April. (Spezialbericht des Vertreters des WTB.) Der Vertreter der Schweizerischen Depeschen-Agentur erfährt: Heute nachmittag 4 Uhr begaben sich die Vertreter der vormals neutralen Staaten zum Präsidenten der politischen Unterkommission Schanzer und baten ihn um Mitteilung über die Absichten der fünf einladenden Staaten in der russischen Frage. Der Schritt war diktiert vom Geiste der Mitarbeit und Versöhnung und hatte in keiner Weise den Charakter einer Stellungnahme. Schanzer erklärte, es sei **nicht** beabsichtigt, ein Ultimatum an die Russen zu richten. Man werde vielmehr versuchen, sich mit ihnen zu verständigen. Allerdings werde man einen gewissen Druck auf sie ausüben, damit sie ihre zuweit gehenden Forderungen ermäßigen und damit eine Einigung ermöglichen. Die Präsidenten der verschiedenen Kommissionen sind heute gefragt worden, welche von ihren Berichten zur Erörterung in einer Plenarsitzung fertig seien. Es sollen im Laufe der nächsten Woche Plenarsitzungen stattfinden.

•

Tschitscherin erklärte in einer Unterredung: „Wir können das Prinzip der Wiederherstellung des Privatbesitzes nicht annehmen, nicht allein deshalb, weil es mit den allgemeinen Grundsätzen des internationalen Rechtes in Widerspruch steht, sondern auch deshalb, weil es insbesondere den fundamentalen Gesetzen der Sowjetregierung zuwiderläuft. Wir haben Entschädigung in der Form von Vorzugsrechten bei der Erteilung von Konzessionen angeboten, wir haben den enteigneten ehemaligen Kapitalisten als Entschädigungen eine Vorzugsstellung bei ihrer Beteiligung an bereits bestehenden Trusts angeboten, wir haben endlich angeboten, alle Beschwerden, soweit sie gerechtfertigt und annehmbar erscheinen, zu untersuchen, vor allem diejenigen, die von Kleinbesitzern russischer Obligationen erhoben werden. Mehr können wir nicht tun! Die schönen Worte von Frieden und Wiederaufbau enthüllen sich heute eben nur als schöne Worte. Die Verwirklichung der großen Projekte, die in tausenden von Reden beleuchtet wurden, sind nunmehr in die zweite Linie gerückt worden, gegenüber den Forderungen kapitalistischer Polypen, die davon träumen, aus Rußland eine Kolonie zu machen, um sich auf diese Weise ausschließlich in den Genuß seiner Reichtümer und Naturschätze zu setzen. Rußland ist heute von einem Ringe solcher Polypen umgeben, die ihre Fangarme nach seinen Schätzen ausstrecken, und die Regierungen, die immer von der Notwendigkeit des Wiederaufbaus Europas und davon sprechen, daß man den Wunsch der Völker nach Frieden und Arbeit erfüllen müsse, geben sich in Wahrheit dazu her, zum Vollstrecker des Willens dieser europäischen Polypen zu werden."

Polens Antwort an Tschitscherin.

Genua, 26. April. (TU.) In der Antwort der polnischen Regierung auf die Note Tschitscherins wird betont, daß die Genueser Konferenz lediglich den Zweck habe, die wirtschaftliche Rekonstruktion von Mittel- und Osteuropa und in erster Linie von Rußland zu beraten. Daß Polen auf dieser Konferenz sich innerhalb einer Gruppe von Mächten befindet, welche die Sowjetregierung als solche nicht anerkannt haben, sei ein Umstand, über den Rußland eine kompetente Meinung nicht zustehe. Polen habe auch seinerseits die Sowjetregierung nicht bedingungslos anerkannt. Das von Rußland als „Friedensvertrag" bezeichnete Dokument sei lediglich ein Protokoll über den in Riga stattgehabten Meinungsaustausch. Die Ansicht aber, daß Polen durch seine Mitunterzeichnung der Note an Deutschland irgendwelche Stellung zur offiziellen und rechtlichen Anerkennung der Sowjetregierung genommen habe, sei vollkommen irrig. Die polnische Delegation habe diese Anerkennung zwar als allgemein wünschenswert bezeichnet, müsse sich jedoch hinsichtlich des deutsch-russischen Vertrages von Rapallo das uneingeschränkte Recht eigener Meinungsäußerung vorbehalten.

Krise in Polen.

Infolge der Massenflucht polnischer Offiziere aus der Armee wegen zu schlechter Bezahlung hat der Kriegsminister seinen Rücktritt eingereicht. Der Finanzminister weigert sich, die Gehälter zu erhöhen, weil sonst der Staatshaushalt aus dem Leim geht. Außenminister Skirmunt hat den englischen Journalisten in Genua offen erklärt, daß Polen die Riesenarmee nicht ertragen könne, aber die Warschauer Presse schreit, in wüstem Toben über den deutsch-russischen Vertrag, nach noch stärkerer Rüstung, zum eigenen Schutz und zur Bereitschaft, auf Frankreichs Ruf loszugehen.

Im polnischen Sejm wurde ein Antrag gegen die „deutsche Vergewaltigung der Polen in Oberschlesien" angenommen. Die Regierung wird ersucht, nicht eher zu ruhen, bis die Alliierten den deutschen Umtrieben in Oberschlesien ein Ende machen, und auf diplomatischem Wege alles daranzusetzen, um die Uebernahme Polnisch-Oberschlesiens durch die Polen und Deutsch-Oberschlesiens durch die deutschen Behörden so schnell wie möglich durchzuführen.

Russische Forderungen.

Dem Vertreter Polens in Moskau ist eine von Hanetzki unterzeichnete Note überreicht worden, welche Schadenersatzforderungen für die Verluste anmeldet, die in der Ukraine und auf weißruthenischem Gebiet durch polnisches Verschulden von den Truppen Petljuras verursacht worden seien. Die Note erklärt, daß die Sowjetregierung das einschlägige Material bereits gesammelt habe und schlägt die Bildung einer gemischten polnisch-russischen Kommission zur Prüfung der Forderungen vor.

Die englische Presse über Poincaré.

London, 26. April. (WTB.) „Evening Standard" weist auf den Versuch französischer Blätter hin, die Worte der Drohung Poincarés, allein gegen Deutschland vorzugehen, abzuschwächen. Der Sonderberichterstatter des „Evening Standard" meldet aus Genua, dieses Mal sei es mehr als zweifelhaft, ob Poincaré die britische Unterstützung bei einer Operation erhalten werde, die die teilweise Mobilisierung des französischen Heeres bedeute und Gefahren jeder Art in sich bergen würde. — „Star" berichtet, Lloyd George beabsichtige, weitere 10 bis 14 Tage in Genua zu bleiben und einen neuen, entschlossenen Versuch zu unternehmen, um die Konferenz zu retten. Bei dem Wiederzusammentritt des Parlaments hätten sich die Mitglieder mit der Genueser Konferenz und der Haltung Frankreichs gegenüber dem übrigen Teile Europas beschäftigt. Parlamentsmitglieder, die ihre Wahlkreise besucht haben, hätten erklärt, daß die Stimmung im Lande gegenüber Frankreich eine tiefgehende Aenderung erfahren habe. Die Haltung Frankreichs in Washington in der U-Boot-Frage und in der Frage der Landrüstungen habe Enttäuschung hervorgerufen. Die Obstruktion Frankreichs in Genua in der Frage der Einbeziehung Deutschlands und Rußlands in das kommerzielle System verstärke den unangenehmen Eindruck, den Frankreich zu Weihnachten in Amerika hinterließ. Die Entente sei in Gefahr, ihre Innigkeit zu verlieren. Lloyd George halte es augenblicklich für seine Pflicht, in Genua zu bleiben und die chaotischen Zustände in Harmonie umzuwandeln. Wenn dieser Versuch fehlschlage, so werde Lloyd George die Urheber dieses Fehlschlages öffentlich anklagen.

Lloyd George will den Weltpakt.

Genua, 26. April. (Spezialbericht des WTB.) In englischen Kreisen erklärt man, daß Lloyd George beabsichtige, seinen Aufenthalt in Genua bis zum 10. Mai zu verlängern, da man annehme, daß er Genua nicht verlassen will, ohne den Weltpakt abgeschlossen zu haben, der Rußland und Deutschland umfassen würde. Wenn nicht ein Fehlschlag der Beratungen die Konferenz vorzeitig beendet, so sollen nach Festsetzung der Grundzüge des Weltpaktes mit einer zehnjährigen Geltungsdauer die zahlreichen kleineren Fragen von einer einzusetzenden Unterkommission in Genua weiterberaten werden. Es ist anzunehmen, daß von den einzelnen Staaten Vorschläge eingereicht werden. Man rechnet auf sechs bis sieben derartige Vorschläge, die zur Prüfung vorgelegt werden würden.

Kommissionsarbeit in Genua.

Genua, 26. April. (Intel.) In der 2. Unterkommission der Wirtschaftskommission wurde ein rumänischer Vorschlag eingebracht und von der belgischen Delegation unterstützt, der sich gegen den deutschen Antrag, der ein Generalstatut zugunsten der Ausländer fordert, richtet. Die deutsche Delegation erklärte formell, daß ihr Vorschlag weder direkt noch indirekt gegen irgendwelche Verträge gerichtet sei. Die französischen und die englischen Delegierten wiesen auf die Unmöglichkeit hin, zu einer internationalen Regelung der von der deutschen Delegation aufgeworfenen Frage zu kommen, und zwar sowohl aus volkswirtschaftlichen, wie aus allgemein-politischen Gründen und wegen der Verschiedenheit der nationalen Gesetzgebung. Der deutsche Delegierte zog auf Grund dieser Erklärungen seinen Vorschlag zurück, behielt sich aber das Recht vor, den Vorschlag nochmals einzureichen, sei es bei der Hauptkommission, sei es im Plenum der Konferenz. — Ein Artikel, der von der englischen Delegation vorgeschlagen worden war und sich auf die Handelsarbitrage bezieht, wurde einstimmig angenommen.

Die Unterkommission der Transportkommission hat nach Fertigstellung ihres Berichtes an die Transportkommission den französischen Vorschlag angenommen, die weiteren Arbeiten einer internationalen Transportkonferenz in Paris zu überlassen.

Der Friedensvorschlag Lloyd Georges hat noch nicht die anderen Delegationen veranlaßt, ihren Standpunkt in der Form von Vorschlägen zum Ausdruck zu bringen. Dagegen wird erwartet, daß fast jede Delegation in den nächsten Tagen zu den von Lloyd George angeschnittenen Frage in Exposés Stellung nehmen wird, die an die politische Kommission gerichtet werden müßten. Es wird dann Sache dieser Kommission sein, sich über die prinzipielle Seite des von Lloyd George gemachten Vorschlages schlüssig zu werden, d. h., die Entscheidung zu fällen, ob sich die Kommission zur Erledigung aller dieser Fragen als kompetent betrachtet.

Genua, 26. April. (Spezialbericht des Vertreters des WTB.) Die Transportkommission hat heute ihre Arbeiten abgeschlossen.

Das Urteil im Frankfurter Waffenfundprozeß. Wegen des in einem Gymnasium in Frankfurt a. M. im Sommer vorigen Jahres entdeckten Waffenlagers wurde jetzt das Urteil gesprochen. Acht Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen von 2 bis 6 Monaten und insgesamt 100 150 M. Geldstrafe verurteilt, während ein Angeklagter freigesprochen wurde. Das Gericht hat festgestellt, daß einer der Angeklagten im Juni v. J. in Aschaffenburg 416 Gewehre aus der Sammlung der Waffenabgabe der bayerischen Einwohnerwehr holte. Bei der Strafzumessung wurde erwogen, daß den Angeklagten nicht widerlegt werden konnte, daß sie nur die Stellung der Regierung stützen wollten, um Ruhe und Ordnung gegen kommunistische Putsche zu sichern. (?) — Diese Art „Erläuterung" gehört zum ständig benutzten Arsenal bestimmter Kreise, das sie gern benutzen, wenn sie die Verantwortung für ihre Taten tragen sollen.

Die Teilung Oberschlesiens.

Oppeln, 26. April. (WTB.) Die „Oppelner Zeitung" erfährt von interalliierter zuständiger Stelle: Die Interalliierte Kommission unterbreitete der deutschen und der polnischen Regierung eine Note, worin sie den deutschen Vertreter Dr. Eckardt und den polnischen Vizeminister Seyda für den 4. Mai zu einer Besprechung über die Vorbereitungen zur Uebergabe des besetzten oberschlesischen Gebietes an die deutsche und die polnische Regierung einladet.

Mittelstands-Hilfsaktion für Oberschlesien.

Der amtliche Preußische Pressedienst schreibt:

Der preußische Handelsminister hat soeben eine auf genossenschaftlicher Grundlage ruhende Hilfsaktion für Handwerker, Gewerbetreibende und Kaufleute im deutsch verbleibenden Teile Oberschlesiens eingeleitet, die durch mittelbare Aufstandsschäden in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht sind, oder denen durch die neue Reichs- und Zollgrenze Absatz- und Versorgungsgebiete verloren gehen werden. Die Leitung der Hilfsaktion ist dem Landeshauptmann der Provinz Schlesien in Breslau übertragen worden; die Durchführung wird in der Weise erfolgen, daß die Stadt- und Landkreise unter Heranziehung der Kreditgenossenschaften den beteiligten Gewerbetreibenden verzinsliche Darlehen gewähren werden, die spätestens innerhalb von 3 Jahren zurückzuzahlen sind. Es handelt sich also in der Hauptsache darum, die Selbsthilfe der Beteiligten in Gang zu bringen und diesen zu ermöglichen, aus eigener Kraft ihre wirtschaftliche Existenz wieder aufzurichten.

Auslieferungsverlangen wegen Petersdorf.

Paris, 26. April. (Havas.) Die Botschafterkonferenz hat den deutschen Botschafter gebeten, bei seiner Regierung den Antrag zu stellen, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen zur Ausfindigmachung und Ueberweisung derjenigen Personen an die Interalliierte Kommission in Oberschlesien, die der Teilnahme an den Ereignissen in Petersdorf beschuldigt werden und nach Deutschland geflüchtet sind. Die Konferenz besteht darauf, daß diesem Antrage unverzüglich Folge geleistet wird, weil jede Verzögerung geeignet wäre, die Frage der Verantwortlichkeit der deutschen Behörden aufzuwerfen, da sie dadurch sich dem Vorwurf aussetzen, die Nichtaburteilung der Schuldigen zu begünstigen.

Der Landbund für Wucherfreiheit.

Der Vorstand des Brandenburgischen Landbundes hat eine Entschließung zur Getreideumlage gefaßt, die den Höhepunkt der Unwahrhaftigkeit der Agrarier im Kampf für die Wucherfreiheit darstellt. Die Resolution hält an den bekannten demagogischen Phrasen über die produktionszerstörende Wirkung und über die Benachteiligung der Landwirtschaft durch sie fest, obgleich die Landbündler sich von deutschnationalen Hausfrauen inzwischen über den wahren Charakter der freien Wirtschaft und ihre Folgen für den städtischen Verbrauch hätten unterrichten können. Dann aber fährt die Resolution fort, indem sie erneut Maßnahmen zur Bekämpfung des Umlageverfahrens ankündigt. Man droht, kein Umlagegetreide zu liefern, aber den freien Markt nach besten Kräften — hier soll es wohl heißen zu Dollarpreisen — zu beliefern. „Damit schlagen wir alle Verleumdungen tot, die mit einem angeblichen Lieferstreik das Volk verhetzen." So sagt der Landbundvorstand. Er vergißt, daß der Lieferstreik ein von den Landbündlern geprägtes Wort ist, und weiß ganz genau, daß die Forderung nach Weltmarktpreisen für Brot praktisch dem Lieferstreik gleichkommt. Im übrigen ist es bezeichnend, daß die Agrarier sich so gern bereit erklären, den freien Handel zu beliefern, während sie in ihren Blättern den angeblichen Wucher der Händler zur radauantisemitischen Hetze ausschlachten.

Schließlich kommt wieder das Projekt einer Brotzuschußsteuer, zu der alle Leute mit großem Einkommen, also auch Landwirte beitragen sollen. Was man auf diese Versprechungen zu geben hat, weiß man, wenn man sich daran erinnert, daß gerade die deutschnationalen Vertreter in den Parlamenten es gewesen sind, die jede Heranziehung der großen Einkommen und Vermögen zu Steuern und gleichzeitig die Verbilligung des Brotes bekämpften. Ihr Versprechen gilt also nichts.

Alle diese Forderungen sind verbrämt mit Redensarten aus dem deutschnationalen Morallexikon, man liest verschiedenes von schreiender Ungerechtigkeit, Ausnahmegesetz und moralischer Pflicht, „gewissen Volkskreisen zu helfen". Diese Pflicht beweisen sie am besten damit, daß sie unter Androhung des praktischen Lieferstreiks dem ganzen Volke den Brotkorb höher hängen wollen, um sich dann weiter nach bewährter Praxis vor der von ihnen selbst vorgeschlagenen Erhöhung der Steuer zu drücken. Das ist echter Agrarierdünkel.

Nun erst recht hat die Sozialdemokratie die Pflicht, für die Aufrechterhaltung und Erweiterung der Umlage einzutreten. Wollen die Agrarier den Kampf, so werden sie leicht Gelegenheit haben, sich daran zu erinnern, daß außerhalb der von Reichtum strotzenden agrarischen Wucherer es auch noch Menschen gibt, und zwar solche, die um ihr Recht auf Leben kämpfen.

Auf der Flucht niedergeschossen.

Heute vormittag teilte die Gefängnisverwaltung in Plötzensee der Berliner Kriminalpolizei mit, daß der Sträfling Karl Becker in der vergangenen Nacht aus dem Plötzenseer Gefängnis ausgebrochen sei und sich wahrscheinlich in der Invaliden- oder Ackerstraße in Berlin, wo er seinen Anhang habe, aufhalte. Mehrere Kriminalbeamte begaben sich sofort nach den bezeichneten Straßen, und am Abend sahen sie auch Becker, als er im Begriff war, das Lokal von Straß, Ecke der Invaliden- und Ackerstraße zu betreten. Sie nahmen ihn sofort fest und wollten ihn abführen. Im selben Augenblick riß sich Becker los, versetzte einem der Beamten einen wuchtigen Stoß vor die Brust und lief davon. Da wiederholte Haltrufe ihn nicht zum Stehenbleiben veranlaßten, gaben die Beamten mehrere Schüsse ab. Eine der Kugeln traf Becker in dem Augenblick, als er zwischen Trieb- und Anhängewagen eines Straßenbahnzuges hindurchspringen wollte. Er brach sofort zusammen und wurde nach der Rettungsstelle 24 geschafft, wo der Arzt eine lebensgefährliche Verletzung in der rechten Brustseite feststellte. Nach Anlegung von Notverbänden schaffte man Becker nach dem Krankenhause Moabit. Nach Ansicht der Aerzte dürfte er kaum mit dem Leben davonkommen.

Die irischen Meuterertruppen, die die irische Regierung, ja selbst de Valera nicht anerkennen, haben den englischen Brigadegeneral Adamson erschossen. Ein 24stündiger Generalstreik der irischen Gewerkschaften demonstrierte gegen den beiderseitigen Militarismus.

Gewerkschaftsbewegung

Linksum — marsch!

So lautet das Kommando der USP.-Zentrale. Die Kautsky, Hilferding und Genossen werden kaltgestellt, und gehorsam pariert der Troß der kleinen Bonzen Ordre. Nur so ist die Stellung der Berliner unabhängigen Metallarbeiter zur Delegiertenwahl zum Gewerkschaftskongreß zu verstehen. Vor die Wahl gestellt, entweder mit den SPD.- oder den KPD.-Kollegen zusammen zu gehen, entschieden sie sich für die KPD. Die Frage Moskau oder Amsterdam ist für die Unabhängigen, wie es scheint, erledigt.

Wir sind anderer Meinung, und unsere unabhängigen Freunde werden es uns nicht verübeln, wenn wir an einiges, was hinter uns liegt und was die nächste Zeit noch bringen wird, erinnern.

Es war im Herbst 1920. Die Kommunisten hatten in Halle die USP. in Trümmer geschlagen. Die Verwirrung im unabhängigen Lager benutzend, versuchte die KPD. durch Handstreich die Berliner Ortsverwaltung in die Hände zu bekommen. Damals fanden die unabhängigen Metallarbeiter zu ihren SPD.-Kollegen den Weg und — um es gelinde auszudrücken — flehten um Schutz und Hilfe. Es kam so etwas ähnliches wie ein förmliches Bündnisdokument zustande. Prominente — heute den Kommunisten in den Armen liegende USP.-Führer — kennen den Text. Dann kam Jena. Meinungsverschiedenheiten über den Kampf Amsterdam gegen Moskau tauchten bei den USP. erst gar nicht auf. Die gemeinsame Front war selbstverständlich.

Jetzt lehnen die Unabhängigen ein Zusammengehen mit den SPD. gegen die Kommunisten bei einer so wichtigen Wahl wie der zum Leipziger Gewerkschaftskongreß ab. Was ist inzwischen geschehen? Haben die Kommunisten sich inzwischen geändert? In der „Roten Fahne" stand unter anderem:

„Abgesehen davon, daß die Kommunisten in den Gewerkschaften immer die Vertreter der extremeren Richtung sind und waren, verpflichtet sie die programmatische Stellungnahme der Roten Gewerkschaftsinternationale zu einem einheitlichen Vorgehen in allen Verbänden."

Und an einer anderen Stelle wird erklärt:

„Deshalb, wenn auf dem Leipziger Gewerkschaftskongreß die Frage: „Betriebsräte und Gewerkschaften" behandelt wird, kann für jeden revolutionären Arbeiter oder Delegierten die Parole nur lauten: Weg mit allen hemmenden Fesseln und die Bahn frei für die revolutionären Betriebs- und Arbeiterräte!"

Die hemmenden Fesseln, das seid Ihr mit, verehrte USP.-Freunde, und die „revolutionären" Betriebs- und Arbeiterräte, für die die Bahn freigemacht werden soll, sind die Niederkirchner, Gehlmann, blutiger Leo usw.

Aber das wissen die Unabhängigen ja selbst am besten. Soll der „Rote Gewerkschafter" noch zitiert werden? Soll die „Freiheit" noch als Zeuge angerufen werden, um zu beweisen, daß die Kommunisten an ihrem Ziel, die Gewerkschaften der kommunistischen Partei unterzuordnen, auch heute noch festhalten?

Bleibt nur übrig, die Unabhängigen haben kapituliert, haben Amsterdam verraten. Wenn dann noch berücksichtigt wird, daß im offenen Kampf gegen die Moskauer Gewerkschaftszerstörer die USP. 10 Delegierte auf alle Fälle nach Leipzig entsandt hätte, und jetzt durch das Bündnis mit der „Roten Gewerkschaftsinternationale" die Aussicht besteht, glänzend durchzurasseln, so kommt man unwillkürlich auf das alte Wort: Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihren Schlächter selber. Wir werden ja sehen.

Der Landarbeiterstreik im Land Stargard.

Die Gauleitung des Deutschen Landarbeiterverbandes teilte uns gestern nachmittag telegraphisch mit, daß der Landbund für Mecklenburg-Strelitz es ablehnt, sich an den vom Reichsarbeitsamt anberaumten Verhandlungen zu beteiligen. Der agrarische Landbund will mit dem Deutschen Landarbeiterverband nichts zu tun haben.

Annahme des Schiedsspruchs für die Gemeindebetriebe.

Bei einer Abstimmung von etwa 50 Proz. für die Gemeindebetriebe wurden insgesamt 30 651 Stimmen abgegeben:

Für Annahme des Schiedsspruchs	14 755 Stimmen
„ Streik	15 080 „
Ungültig	816 „

Das Lohnkartell hat unter diesen Umständen dem Reichsarbeitsministerium die Erklärung zugehen lassen, daß der Schiedsspruch vom Tarifkartell angenommen wird. Das Tarifkartell.

Wahlsieg der Afa-Bankangestellten.

Bei der am Dienstag erfolgten Betriebsratswahl in der Kommerzbank Berlin entfielen von 2705 abgegebenen gültigen Stimmen auf den Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten 2105, auf die Oberbeamten-Vereinigung 290 und auf den deutschen Bankbeamtenverein 310 Stimmen. Die Zusammensetzung des Betriebsrates ist die folgende: Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten stellt 14 Betriebsräte, der Deutsche Bankbeamtenverein und die Oberbeamten je ein Mitglied. Der Wahlerfolg des Allgemeinen Verbandes ist charakteristisch für die Stimmung unter den Bankangestellten.

Die Fleischversorgung Berlins bedroht.

Die Engros-Fleischermeister hatten in ihrer Fachpresse vor einiger Zeit behauptet, daß ihre Gesellen zuviel verdienten und deren Löhne an den hohen Fleischpreisen schuld seien. Die Gesellen wandten sich natürlich gegen diese tendenziöse Behauptung, der man jetzt wiederum begegnen wird. Denn die Engros-Schlächtergesellen stehen in Lohnbewegung. Sie haben die Empfindung, daß die Unternehmer bewußt darauf ausgehen, die Gesellen zu provozieren. Am 21. April hat das Einigungsamt des Gewerbegerichts einen Schiedsspruch gefällt, wonach die Lohnverhandlungen für Mai bis zum 25. April erfolgen und bis zum 1. Mai abgeschlossen sein müssen. Bis jetzt ist noch nichts unternommen worden, um dem Schiedsspruche nachzukommen. Die Gesellen der Engros-Fleischermeister weisen deshalb die Bevölkerung darauf hin, daß, falls irgendwelche Störungen in der Fleischversorgung eintreten, die Fleischergesellen keine Schuld daran tragen. Es ist alles mögliche versucht und wird auch noch versucht werden, um den Frieden zu erhalten. Sollte es trotzdem nicht gelingen, die Arbeitgeber von ihrem Standpunkt abzubringen, so sind die Arbeitnehmer gezwungen, den Kampf aufzunehmen. Die Verantwortung jedoch haben die Arbeitgeber dafür zu tragen.

Stiller Betrieb am 1. Mai.

Diese Losung hat der Norddeutsche Textilarbeitgeberverband, Sitz Berlin, durch Rundschreiben Nr. 25/22 an seine Herren Mitglieder unterm 20. April ausgegeben. Das Schreiben lautet:

„Nach dem im „Vorwärts" vom 19. März 1922 veröffentlichten Aufruf ist damit zu rechnen, daß die Arbeitnehmer zum Teil am 1. Mai nicht zur Arbeit erscheinen werden. Wir bitten Sie, etwaige Forderungen der Arbeitnehmerschaft auf Betriebsruhe am 1. Mai abzulehnen, die Betriebe wie an allen Werktagen zu eröffnen und, soweit es irgend möglich ist, aufrechtzuerhalten. Es wird empfohlen, falls die Heizer und Maschinisten den Dienst verweigern sollten, die Betriebe trotzdem offen zu halten und die arbeitswilligen Arbeiter mit Aufräumungs- oder Reinigungsarbeiten zu beschäftigen. Eine Bezahlung im Falle der Arbeitsruhe kommt natürlich nicht in Betracht, und es ist, falls Arbeitsruhe von den Arbeitnehmern gewaltsam durchgesetzt werden sollte, zweckmäßigerweise in einem Anschlage darauf hinzuweisen, daß der Betrieb auf Verlangen der Arbeitnehmerschaft geschlossen werden mußte und deshalb eine Bezahlung für den Arbeitsausfall von keinem Arbeiter, insbesondere auch nicht von den Wochenlöhnern, beansprucht werden kann.

Sofern Angestellte ohne ausreichende Entschuldigung fehlen sollten, wird empfohlen, 1/30 des Monatsgehalts für den ausgefallenen Tag abzuziehen bzw. bei stundenweisem Ausbleiben 1/200 des Monatsgehalts pro Arbeitsstunde. Etwaige Forderungen, als Ersatz für die Arbeitsruhe am 1. Mai an einem gesetzlichen Wochenfeiertage, wie dem Himmelfahrtstage oder dem Bußtage, arbeiten zu lassen, bitten wir abzulehnen mit dem Hinweis darauf, daß die genannten Tage gesetzliche Feiertage sind."

Die Textilbarone werden die Erfahrung machen, daß sie mit ihren Arbeitswilligen am 1. Mai keine Seide spinnen können und daher hoffentlich mit uns zu dem Schluß kommen, daß allem Streit um die Maifeier am einfachsten dadurch ein Ende gemacht wird, wenn auch die Unternehmer die Forderung unterstützen, daß der 1. Mai ein gesetzlicher Feiertag wird. Den Bußtag geben wir gern dafür her, da wir die Kriegssünden der alten Machthaber tagtäglich büßen müssen.

Gemeindebetriebe und Maifeier.

Die Verhandlungen des Tarifkartells für die Gemeindebetriebe mit den Vertretern des Magistrats über den 1. Mai in den städtischen Betrieben haben zu folgendem Ergebnis geführt:

Der Magistrat ist bereit, den städtischen Arbeitern Urlaub ohne Lohnzahlung zu gewähren. Ein entsprechender Antrag für die in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ist dem Magistrat überreicht worden. Die Versorgung mit Gas, Wasser und Elektrizität bleibt aufrecht.

Die endgültige Beschlußfassung des Verkehrspersonals wird noch bekanntgegeben. Die Betriebsräte haben sich mit ihren Dienststellen unverzüglich in Verbindung zu setzen über die Durchführung der Arbeitsruhe. Soweit städtische Arbeiter zur Aufrechterhaltung lebenswichtiger Betriebe nicht unbedingt notwendig sind, muß der 1. Mai durch Arbeitsruhe begangen werden.

Wir ersuchen die Gemeinde- und Staatsarbeiter, sich geschlossen an den Demonstrationen am 1. Mai zu beteiligen.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Deutscher Transportarbeiter-Verband. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Zentralverband der Maschinisten und Heizer. Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter.

Maifeier der Wächter Berlins.

Die im Deutschen Transportarbeiterverband organisierten Wach- und Schließangestellten und die Privatwächter werden in diesem Jahre sich zum erstenmal an der Maifeier beteiligen. Die Berliner Wächterschaft hat den Wert der Organisation vollauf erkannt und kann von sich mit Stolz behaupten, zu den bestorganisierten Gruppen gerechnet zu werden.

Die Wächter beider Branchen treffen sich um 9 Uhr im Gewerkschaftshaus mit ihren Angehörigen. Die Versammlung wird Punkt 9 Uhr eröffnet und eingeleitet durch Gesang von Mitgliedern des „Männerchor Ost" und einem Musikstück. Nach der Festrede wird die Versammlung mit Gesang geschlossen. Unter Vorantritt einer Musikkapelle geht es dann zur Demonstration im Lustgarten.

Die Funktionäre werden gebeten, schon um 1/2 9 Uhr im Saal I zu sein, die übrigen Kollegen aber recht pünktlich zu erscheinen.

Techniker und Maifeier.

Die Mitglieder des Bundes der technischen Angestellten und Beamten treffen sich Montag vormittags 9 1/2 Uhr an folgenden Sammelstellen: Platz vor dem neuen Tor, Bülowplatz (Volksbühne), Blücherplatz, Dönhoffplatz, Strausberger Platz. Abmarsch nach dem Lustgarten Punkt 10 Uhr. Butab OHV. Groß-Berlin.

Der 1. Mai und der Einzelhandel!

Das Kartell der freien Gewerkschaften im Einzelhandel fordert alle in den Berliner Waren- und Kaufhäusern sowie Spezialgeschäften tätigen Angestellten, Handels-, Hilfs- und Fach-Arbeiter auf, sich an der Maifeier durch völlige Arbeitsruhe zu beteiligen.

Sammelpunkt der Belegschaften am 1. Mai: 9 1/2 Uhr vormittags Dönhoffplatz, Ecke Kommandantenstraße. Die Richtlinien für die Durchführung der Maifeier im Einzelhandel werden Freitag 7 1/2 Uhr in den Sophiensälen besprochen. Kein Betrieb darf fehlen!

Betriebsräte und Aufsichtsrat.

Eine Versammlung der Betriebsräte in der Metallindustrie in den Pharussälen beschäftigte sich am Dienstag abend mit dem Aufsichtsratsgesetz. Janke referierte über „Betriebsräte und Aufsichtsrat". Das genannte Ausführungsgesetz zum § 70 des Betriebsrätegesetzes (veröffentlicht im „Reichsgesetzblatt" Nr. 17) ist am 1. Februar d. J. in Kraft getreten. Nach einer längeren historischen Einleitung behandelte der Redner eingehend die Bestimmungen des Gesetzes, die Aufgaben und Pflichten der Aufsichtsräte im allgemeinen nach dem Handelsgesetzbuch und die Vorschriften zur Wahl von Betriebsräten in den Aufsichtsrat von Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht, soweit sie für eine solche Wahl in Frage kommen. Die Wahlen sind noch nicht vollzogen, und schon beginnt der Kampf gegen die Betriebsräte (im Höchstfalle zwei) im Aufsichtsrat. Die Juristen der Arbeitgeberorganisationen bestreiten den in Frage kommenden Betriebsräten Sitz und Stimme in der Generalversammlung der Aktionäre. In der Diskussion trat allgemein der Wunsch hervor, von den geringen der Arbeitnehmerschaft verliehenen Rechten auch den ausgiebigsten Gebrauch zu machen. Der Besuch der Kurse der Betriebsräteschule wurde von vielen Seiten empfohlen. Im Schlußwort warnte der Referent davor, im Aufsichtsrat Lohnerhöhungen durch Zustimmung zu Preiserhöhungen zu erkaufen. Sozialisten gehören in den Aufsichtsrat, nicht Egoisten.

Unterkommission Weißensee. Demonstration am 1. Mai. Treffpunkt am Antonplatz vormittags 9 Uhr, Abmarsch 9 1/2 Uhr.
M. Jahn, Obmann.

Kommunale Betriebsräte! Wir ersuchen noch einmal dringend, sofort die Ausweiskarten für die Anfang Mai stattfindende Vollversammlung in unserem Bureau, Breite Str. 11, II, in Empfang zu nehmen. Ohne dieselben kein Zutritt zur Versammlung.
Der geschäftsführende Ausschuß. J. A.: Schwanebeck.

Um das Ende des amerikanischen Kohlenarbeiterstreiks herbeizuführen, breitet die Regierung — wie Havas aus Washington meldet — einen Plan vor. Es sei keine Rede von der Einrichtung einer Bundeskontrolle, man versichere jedoch, daß der Plan eine dauernde Lösung, die auf den Interessen der Industrie gegründet sei, schaffen werde.

Nach einer Meldung des New York Herald aus New York hat man in 46 Kohlenbergwerken in den Hauptbauzentren versuchsweise den Betrieb wieder aufgenommen.

Achtung, Tapezierer! Heute abend 6 Uhr Vertrauensmännerversammlung in den Sophien-Sälen (großer Saal), Sophienstr. 17—18. Bericht der Lohnkommission. Jeder Betrieb muß vertreten sein.

Verband der Gärtner u. Gärtnereiarbeiter. Freitag 6 Uhr Branchenversamml. der Gruppe Gemeindearbeiter im Restaurant Schulz, Elisabethstr. 30. Kollege Jahn spricht über: „Konsumgenossenschaften". Die Ehefrauen der Kollegen haben Zutritt.

Zentralverband der Angestellten. Einzelhandel. Freitag 7 1/4 Uhr Vollversammlung der Funktionäre des Einzelhandelskartells in den Sophien-Sälen (Hochzeitssaal), Sophienstr. 17—18. „Der 1. Mai und der Einzelhandel".

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Freitag 7 Uhr Vertrauensmännerversammlung der Metallindustrie in der Bockbrauerei, Chausseestraße.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher. Freitag 7 Uhr im „Englischen Hof", Alexanderstr. 7a, Sektionsversammlung der Lackierer. Tagesordnung äußerst wichtig. Mitgliedsbuch legitimiert.

Deutscher Verkehrsbund. Abteilung: Luft- und Kraftfahrer. Geschäfts- und Lastkraftfahrer. Freitag 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer, Saal 1, Große Branchenversammlung. Vortrag des Kollegen Reitz über: „Die Maßnahmen der Reichsabteilung gegen die wilde Chauffeurausbildung". Die Tagesordnung macht es zur Pflicht, für diese Versammlung eine rege Propaganda zu betreiben.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Klühs, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Heimwelt".

Billardturniere mit und ohne Wetten bei Zielka.

Billige Preise für hochwertige Frühjahrskleidung

Schlüpfer und Raglans aus Homespun, Fischgrät und Diagonalstoffen ..... Mk. 1800, 1600, 1400 — **1200**
Schlüpfer und Raglans aus prima Stoffen in bester Verarbeitung ..... Mk. 3000, 2600, 2400, 2220, 2000 — **1900**
Paletots aus marengo Cheviot Mk. 3000, 2600 2400, 1900, 1650 — **1500**
Sport-Paletots aus sehr gutem Covercoat, ganz mit Satinella gefüttert, Mk 3000, 2600, 2400, 1900 — **1800**
Paletots Biedermeierform, aus farbigen Stoffen **2200**
Rockpaletots aus erstklassigem Covercoat, mit und ohne Samtkragen von ..... **3500** an
Jackett-Anzüge aus guten farbig. Stoffen in vielen Mustern Mk. 1800, 1650, 1400 — **1200**
Jackett-Anzüge in den neuest. Mustern u. Farbenstell. Mk. 2500, 2400, 2200, 2000 — **1900**
Jackett-Anzüge aus erstklassigen Stoffen und in prima Verarbeitung. Ersatz für Maß ..... Mk. 3300, 3000, 2700 — **2600**

Sport-Anzüge mit Breecheshose aus gutem Manchester, ohne und mit Futter ..... Mk. 1500 — **1350**
Sport-Anzüge mit Breecheshose, aus Lodenstoffen, Homespun und karierten Stoffen Mk. 1500, 1500 — **1350**
Bozener Mäntel für Herren, aus prima Strichloden ..... von — **750** an
Bozener Mäntel für Damen, aus Strichloden ..... von — **550** an
Hosen gestreift, außergewöhnlich billig ..... Mk. 250, 225, 200 — **180**
Hosen aus gestreiftem Satin und Kammgarn ..... Mk. 375, 325, 300 — **275**
Hosen aus prima Stoffen, für Cutaways ..... Mk. 750, 650, 600, 550, 475 — **400**
Sporthosen Breechesform, aus gutem Manchester ..... Mk. 675, 550 — **300**
Sommer-Loden-Joppen von ..... **450** an
Ruder-Jacketts aus gutem blauen Cheviot ..... Mk. 1000 — **850**

Knaben-Anzüge aus gutem farbigen Wollstoff, in all. Fassons u. Preislagen v. Mk. — **250** an
Knaben-Anzüge aus blauem Cheviot und Kammgarn in nur gut. Qualität. von Mk. — **525** an
Burschen-Anzüge aus farbig. Wollstoffen von Mk. — **320** an
Burschen-Anzüge in Jackett- und Sportform, aus nur guten Qualitäten von Mk. — **560** an
Jünglings Anzüge jeder Art und Qualität, aus guten farbigen Stoffen von Mk. — **900** an
Jünglings-Anzüge aus blauem Cheviot von Mk. — **850** an
Knaben-Pyjacks aus gutem blauen Cheviot und Tuchstoff von ..... Mk. — **670** an
Knaben- und Burschen Pelerinen aus Strichloden von ..... Mk. — **200** an

Strohhüte, Sporthemden, Rucksäcke, Oberhemden, Krawatten
in großer Auswahl, sehr preiswert!

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Trikotagen und anderen Sachen

BAER SOHN

Der Versand nach ausserhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

Berlin nur Chausseestrasse 29-30

Jugendliche, die am Leben verzweifeln.

Ein Blick in die Statistik der letzten Jahre.

Wenn hier auf das wichtige Thema der Selbstmorde Jugendlicher eingegangen wird, so sei zunächst dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß die Statistik den Begriff „Jugendlicher" einmal einheitlich fest abgrenzt, was bis jetzt noch nicht der Fall ist. Ich schlage zu dem Zweck vor, dem Beispiel des Bürgerlichen Gesetzbuchs folgend, das bis zum vollendeten 21. Lebensjahre Minderjährigkeit annimmt und dann erst Volljährigkeit, bis zu diesem Datum von „Jugendlichen" und dann erst von Erwachsenen zu sprechen. So habe ich bereits den Aufruf zum Besuch der „Jugendberatungsstellen" an die Jugendlichen bis zum 21. Jahre gerichtet.

Nackte Zahlen.

Die im folgenden wiedergegebene, im Druck noch nicht erschienene Selbstmordstatistik der Jahre 1919 und 1920 entstammt dem **Preußischen Statistischen Landesamt** bzw. dem **Statistischen Reichsamt.** Das letztgenannte Amt gibt leider mangels genügender Unterlagen nur generelle Zahlen über die Selbstmorde in den einzelnen deutschen Ländern, ohne also die Selbstmorde Jugendlicher registrieren zu können. Trotzdem sei vergleichsweise ein Blick auf diese **Gesamtzahlen** geworfen, deren Gruppierung nach dem im Druck vorliegenden neuesten Material folgendes Resultat ergibt (ausschließlich beider Mecklenburg und Elsaß-Lothringens):

	1914	1915	1916	1917
männlich . . .	10 630	6 718	6 313	5 572
weiblich . . .	3 760	3 694	4 213	3 689
Summe . . .	14 390	10 412	10 526	9 261

Für den **preußischen Staat** ergeben sich folgende Ziffern mit Bezug auf die Selbstmorde Jugendlicher **unter 15 Jahren:**

	1917	1918	1919	1920
Knaben . . .	64	70	48	57
Mädchen . . .	13	20	8	16
Summe . . .	77	90	56	73

Hiervon entfallen im Jahre 1917 auf den **Stadtkreis Berlin** 4 Selbstmorde Jugendlicher, 2 Knaben und 2 Mädchen, davon je **ein Kind unter 10 Jahren;** auf die Provinz Brandenburg 9 Knaben und 3 Mädchen unter 15 Jahren. Im Jahre 1918 entfallen auf den Stadtkreis Berlin 7 Knaben und 7 Mädchen, auf die Provinz Brandenburg 9 Knaben und 5 Mädchen unter 15 Jahren.

Kinderselbstmorde.

Für die Kategorie unter 15 Jahren, deren Vorhandensein an sich schon erschütternd wirkt, ist die gelegentlich schon gebrauchte Bezeichnung „Kinderselbstmorde" auch amtlich erforderlich. Wir hätten dann „Jugendliche" und als Sondergruppe „Kinder" zu scheiden, was dem Sprachgebrauch des täglichen Lebens nahekommt. Im **preußischen Staat verübten im Jahre 1919 sogar 3 Knaben unter 10 Jahren Selbstmord; im Jahre 1920 ein Knabe.** Die preußische Statistik zählt für das Alter von 15—20 Jahren im Jahre 1919 434 männliche und 271 weibliche, im Jahre 1920 549 männliche und 279 weibliche Selbstmörder. Das ergibt für diese Altersstufe — die nächste und letzte umfaßt nach der amtlichen Scheidung die Zeit von 20—25 Jahren mit noch größeren Ziffern — im Jahre 1919 insgesamt 725 und im Jahre 1920 828 Selbstmörder, **für beide Jahre unter Einrechnung von 133 Kindern zusammen 1686 junge Menschen** — die Bevölkerung einer Kleinstadt! Wieviel Selbstmorde von der hier nicht mitgezählten letzten Altersstufe auf die Zeit von 20 bis 21 Jahren, das letzte Jahr der Minderjährigkeit, nach unserer Identifizierung das letzte Jahr der „Jugendlichen", fallen, ist nicht festzustellen; unter Einrechnung dieses Jahres dürfte sich die Zahl der jugendlichen Selbstmörder noch erhöhen. Werfen wir noch einen Blick auf **Berlin:**

15—20 Jahre	1914	1915	1916	1917
männlich . . .	40	35	34	36
weiblich . . .	25	20	25	28
Summe . . .	65	55	59	64

Neben den meist überwiegenden unbekannten Beweggründen sind als Grund besonders **Reue und Scham, Leidenschaften sowie Trauer und Kummer** hervorzuheben, das letztere speziell bei Mädchen.

•

Die Feststellung des verstorbenen Berliner Professors Eulenburg, der einige 20 Jahrgänge berücksichtigt, ergibt, daß durchschnittlich in Preußen auf jede Woche ein Schülerselbstmord entfällt. Nach den hier untersuchten Zahlen der vier Jahre 1917—1920 erhöht sich diese Ziffer noch pro Woche. Bei den 1686 jugendlichen Selbstmördern bis 20 Jahren der beiden Jahre 1919—1920 ergibt sich für **Preußen ein Wochendurchschnitt von über 16 Selbstmorden dieser Gruppe!** Wenn man diese Zahlen erwägt, drängt sich der Gedanke auf: Wie **könnten** hier ehrenamtlich arbeitende „Jugendberatungsstellen" vorbeugend und verhütend wirken, wenn erst ihr Ausbau in Preußen und weiterhin in Deutschland vollendet sein wird! Die Bemühungen, dieses Ziel zu erreichen, werden daher nach wie vor fortgesetzt werden, und es besteht mehr und mehr die Hoffnung, daß sie schließlich zum Erfolg führen werden. Dr. Hugo Sauer.

Geschäftsordnung des Stadtparlaments.

Seitdem die letzten Stadtverordnetenwahlen in Berlin eine knappe bürgerliche Mehrheit ergeben haben, haben die Verhandlungen in der Stadtverordnetenversammlung eine immer unangenehmere Zuspitzung erfahren. Während die Deutschnationalen ganz offensichtlich ohne Rücksicht auf die Interessen der Stadt ihre Politik hauptsächlich darauf einstellen, dem in seiner Mehrheit sozialistischen Magistrat Schwierigkeiten zu machen, wird von seiten der Kommunisten durch endlose Geschäftsordnungsdebatten, sinnlose namentliche Abstimmungen usw. alles getan, um die Erledigung der Geschäfte zu verschleppen; ganz zu schweigen von der sachlichen Stellungnahme der äußersten Rechten und Linken und auch häufig genug der Unabhängigen, die von Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber der städtischen Bevölkerung nicht allzuviel merken läßt. Dazu kommt, daß die Verhandlungen nachgerade auf einem Niveau angelangt sind, daß man häufig genug eine Schnapskneipe demgegenüber als ein Mädchenpensionat bezeichnen könnte. Wüste Schimpfereien sind an der Tagesordnung, und am letzten Dienstag wurde dabei so ziemlich der Höhepunkt erreicht.

Diese Vorkommnisse spielten begreiflicherweise auch eine Rolle bei den jetzt zum Abschluß gebrachten Beratungen der Geschäftsordnungskommission der Stadtverordnetenversammlung. Diese Kommission ist bereits eingesetzt, als die Stadtverordnetenversammlung noch eine sozialistische Mehrheit hatte, und haben ihre Beschlüsse infolgedessen mancherlei Wandlungen durchgemacht. In der jetzt endgültig vorliegenden Fassung des neuen Entwurfs sind nur wenige wesentliche Aenderungen beschlossen, die in der Hauptsache eine glattere Erledigung der Geschäfte gewährleisten und den Mißbrauch der Geschäftsordnung verhindern sollen. Neu ist u. a. vorgeschrieben, daß eine Fraktion mindestens 8 Mitglieder zählen müsse. Ferner ist der Aeltestenausschuß, der bisher eine lose Vertreterversammlung der Fraktionen war, zu einem nach dem Verhältniswahlsystem zusammengesetzten ständigen Ausschuß gemacht worden. Der Aeltestenausschuß kann mit Dreiviertelmehrheit beim Plenum der Stadtverordnetenversammlung beantragen, daß bei bestimmten Vorlagen eine bestimmte Reihenfolge der Redner beschlossen, für jeden Redner eine Höchstredezeit und für jede Fraktion eine bestimmte Rednerzahl festgelegt wird. Dadurch soll dem Mißbrauch gesteuert werden, daß kleine Fraktionen oder der nur allein eine Fraktion bildende Knüppel-Kunze sich frühzeitig vor den größeren Fraktionen zum Wort melden und durch stundenlange Reden den großen Fraktionen die Zeit wegstehlen oder die Erledigung der Geschäfte endlos verschleppen. Ueber diese Anträge des Aeltestenausschusses, die von ihm mit Dreiviertelmehrheit beschlossen werden müssen, entscheidet endgültig das Plenum der Stadtverordnetenversammlung mit einfacher Mehrheit. Für namentliche Abstimmungen ist an Stelle des bisherigen zeitraubenden Namensaufrufs das im Reichs- und Landtage bereits übliche System der Abstimmung mit Karten eingeführt worden. Für bestimmte geschäftsordnungsmäßige Anträge (Vertagung der Sitzung, Aenderung in der Reihenfolge der Tagesordnung, Art der Abstimmung usw.) ist namentliche Abstimmung ausgeschlossen. Wenn man den Wortlaut der Geschäftsordnung mit diesen Aenderungen betrachtet, so kann keine Rede davon sein, daß dadurch die Rechte der Fraktionen in unzulässiger Weise eingeschränkt werden oder gar Opposition unmöglich gemacht wird. In der gestrigen letzten Sitzung des Ausschusses hat die bürgerliche Mehrheit gegen alle sozialistischen Stimmen noch einen neuen Passus aufgenommen, der der Versammlung das Recht gibt, Stadtverordnete, die gegen die Ordnung der Versammlung gröblich verstoßen, auf eine oder zwei Sitzungen auszuschließen.

Man kann verstehen, wenn die Vorkommnisse der letzten Zeit zu derartigen Anträgen geradezu anreizen. Auf der anderen Seite haben sich unsere Genossen entschieden gegen diese Bestimmung gewandt, weil ihre Durchführung fast unmöglich ist und schließlich nur zu neuen widerlichen Szenen Anlaß geben kann. Hoffentlich gelingt es noch im Plenum, diese Bestimmung zu beseitigen. Auf die Dauer sind allerdings solche Bestimmungen nur zu verhindern, wenn alle Fraktionen sich ernsthaft bemühen, ihre Mitglieder von allen Schimpfexzessen zurückzuhalten.

•

Zu dem Fall Böß-Koelitz teilt das Nachrichtenamt des Magistrats mit: Von einer Reihe von Tageszeitungen wird im Anschluß an die Vorgänge in der letzten Stadtverordnetenversammlung mitgeteilt, daß Oberbürgermeister Böß von Mitgliedern der Versammlung den Ausdruck „verantwortungslose Gesellen" gebraucht habe. Sämtliche in unmittelbarer Nähe des Oberbürgermeisters sitzenden Magistratsmitglieder haben ebenso wie der Oberbürgermeister Böß selbst bestätigt, daß dieser Ausdruck weder vom Oberbürgermeister noch von einem anderen Magistratsmitgliede gebraucht worden ist.

Ministerpräsident Braun an die Rheinländer

Bei dem Zusammensein, das die Berliner Sängerbünde mit dem Kölner Männergesangverein am Mittwoch abend veranstalteten, hielt der preußische Ministerpräsident Genosse **Braun** eine Rede, in der er u. a. sagte:

Man sagt so oft, daß der Norddeutsche, der östlich der Elbe sitzt, und der ernster und schweigsamer ist, als der Menschenschlag auf dem alten südwestdeutschen Kulturboden, aus Gründen eben dieser Wesensverschiedenheit sich nicht gut mit dem Rheinländer verstehe. Ich meine, daß diese Wesensverschiedenheiten, erklärlich durch die Unterschiede des Klimas, der Bodengestaltung und der Stammesgeschichte, zwar vorhanden sein mögen, daß sie aber nicht so groß sind, um nicht durch das starke Band eines gemeinsamen Empfindens, durch ein von allen äußeren Anfechtungen und inneren Kämpfen nicht zu erschütterndes inniges Zusammengehörigkeitsgefühl überwunden zu werden. Das Schillerwort: „Wir sind ein Volk und einig wollen wir handeln" ist für uns keine Phrase, sondern ein aus der heißen Liebe zur preußischen, zur deutschen Volksgemeinschaft und aus felsenfestem Glauben an die deutsche Zukunft herausgeborener impulsiver Schwur.

Ihr Besuch hat eine weit über das Gesangliche im engeren Sinne hinausgehende Bedeutung. Sie kommen vom Rhein, dem deutschesten der deutschen Ströme, der die Sehnsucht der Deutschen aller Gaue unseres Vaterlandes ist. Sie kommen vom Rhein, über dem jetzt dunkle Wolken lagern, wo der Druck des unversöhnlichen Siegers sich wie Mehltau dämpfend auf den Frohsinn gelegt hat, der die herrlichen Täler und Höhen dieser Ihrer schönen Heimat erfüllte. Wir alle haben daher Ihre Leistungen diesmal nicht nur rein künstlerisch, Sie nicht nur als die anerkannten Meister des Gesanges gewürdigt, sondern wir empfinden Ihren Besuch auch als einen solchen, bei dem man sich durch einen Händedruck wortlos darüber verständigt, daß jeder von beiden Teilen seine Schuldigkeit tut und auch in Zukunft tun wird. Daß das Rheinland in alter freudiger Treue zum Ganzen steht —, wir wissen es und haben nie daran gezweifelt. Von mir als dem Leiter der preußischen Staatsgeschäfte empfangen Sie, als die Bürger der stolzen rheini-

Die Macht der Lüge.

89]

Roman von Johann Bojer.

Als der Pfarrer mit der Erteilung des Abendmahlsfertig war und den Talar wieder eingepackt hatte, blieb er noch eine Weile am Bette des Sterbenden sitzen. Lars schien sich nur in Erwartung des Abendmahls und der Vergebung der Sünden erhalten zu haben, um jetzt plötzlich zusammenzusinken und auszulöschen.

Endlich öffnete er wieder die Augen und richtete sie auf seine Frau. Sie verstand und nahm den halbausgekauten Tabak vom Fenster und steckte ihn ihm in den Mund. Lars blickte sie an, als wollte er sagen: „Ja, das wollte ich!"

Der Pfarrer erhob sich, um Lebewohl zu sagen. Da sah der Sterbende noch einmal den Pfarrer an, und dann liebevoll seine Frau, und flüsterte: „O nein — sie soll lieber nicht hingehen und aussagen. Denn dann nimmt er ihr die Hütte weg."

„Ja," sagte der Pfarrer unsicher und blieb stehen.

Der alte Lars lächelte, alles leuchtete jetzt so merkwürdig hell auf, wohl für Zeit und Ewigkeit, und er sank tiefer in seine Kissen. Dann wollte er den Kopf wieder heben, um auszuspucken, konnte es jedoch nicht, so bekam er den Tabak in den Hals, mußte husten und fing an zu röcheln. Einen Augenblick später hörte auch dies auf.

Die Frau starrte ihn eine Weile an, dann ging sie entschlossen hin zu ihm und drückte ihm die Augen zu. Darauf wandte sie sich an den Pfarrer: „Gott sei gelobt," sagte sie bewegt — „Jetzt weiß ich doch, daß Lars einen seligen Tod gehabt hat."

Der Pfarrer wanderte wieder heimwärts, sein Köfferchen in der Hand. Draußen am Hang blieb er stehen, setzte sich auf einen Stein, stützte den Kopf in die Hand und schaute über das Kirchspiel hin.

Wenn Pfarrer Borring Sünden vergeben hatte, war er immer unglücklich. Erstens hatte er nicht das Gefühl, daß Gott ihm den Auftrag gegeben habe, Sünden zu vergeben, und zweitens glaubte er überhaupt nicht an den Begriff der Vergebung. Und doch hatte er im Laufe der Zeit in der Kirche seine Hand auf manch Tausend Köpfe gelegt und diesen gefährlichen Trost in ihr Gemüt gelogen.

Und jetzt? Nun saß er hier und war wieder unglücklich. Nie hatte er das Sinnlose der Sündenvergebung klarer empfunden, als heute. Wenn Gott auch Lars Kleven verzieh, er selber durfte doch um Wangens willen nicht verzeihen. Wangen wurde vielleicht unschuldig verurteilt, trotz aller Vergebung. Und Wangens Familie, die mit betroffen wurde . . .?

Nein, eine böse Tat, einmal in Bewegung gesetzt, wird vielleicht niemals stille stehen. Sie geht weiter in Folgen und Folgen der Folgen, sie verbreitet sich, wie eine ansteckende Krankheit, und keiner weiß, wann und wo sie aufhören wird. Und wenn sie auch vor unseren Augen verschwindet, geht sie doch ihrer Wege. Wer will hier vergeben? Gott? Darf er vergeben auch im Auftrag der unschuldigen Menschen?

So saß der Pfarrer Borring da und dachte nach. Und als er weiter nach Hause ging, war er betrübt und beschämt — wie so oft nach Ausübung eines Amts, von dem loszureißen er sich doch nicht stark genug fühlte.

Aber was sollte er tun? Eines Sterbenden Beichte ist heilig.

21.

Frau Wangen war ganz ungeduldig gewesen, daß der Demonstrationszug in Gang kommen solle. Sie selber hatte plötzlich das Bedürfnis, nach diesen Mitteln zu greifen, die sie bei ihrem Mann verachtet hatte, so wie ein Ertrinkender nach dem ersten besten Strohhalm greift.

Aber nach jenem Tag, an dem der Konsul in aller Stille die Demonstranten voll gemacht hatte, so daß sie die ganze Gemeinde mit ihrem Verhalten aufschreckten, verstanden Wangen und seine Frau alle beide, daß diese Bundesgenossen ihrer Sache wiederum geschadet hatten. Denn die ganze Gemeinde war sich darüber klar, daß Wangen dahinterstecke, und jetzt begannen auch die ärgsten Feinde Norbys mit ihm zu sympathisieren und wendeten sich von Wangen ab.

Und je mehr der Schwurgerichtstermin sich näherte, desto größer und größer wurde Wangens Angst, ganz allein zu stehen. Zeugen mußte er unbedingt haben, und jetzt vertraute er nicht mehr seinen Zeugen: denn er hatte eine Ahnung, daß ihn alle haßten.

Aber wenn er nachts dalag und sein Unschuldsbild blankputzte vor sich selber, sah er immer lebendiger jene Szene im Grand vor sich, als das Schriftstück unterzeichnet wurde. Erst war er sich nicht so ganz sicher gewesen, daß es dort geschah. Aber nachdem er es einmal gesagt hatte, wurde es ihm immer wahrscheinlicher, und je öfter er es sagte, desto sicherer wurde er, daß es gerade im Grand und nirgends anders gewesen war. Jetzt erinnerte er sich sogar, in welcher Ecke sie gesessen hatten. Norby, Haarstad und er waren es gewesen, und sie tranken nach dem Mittagessen Kaffee. Aber war niemand weiter dagewesen? Wenn es nun jemand gäbe, der das Ganze mit angesehen?

Und immer lebendiger beschwor er sich diese Szene herauf, als habe sie eine heimliche Macht, die plötzlich hervortauchen und ihn befreien könne. Da saß er und schmeckte förmlich den starken Kaffee. Er sah die Leute an den Nachbartischen, während Norby unterschrieb. Der Zigarrenrauch lag in Streifen in der Luft, die Kellner eilten umher, die Serviette unter dem Arm, zählten Geld, machten Flaschen auf. Gläser klirrten, die Leute lachten und lärmten, und das Geplauder erfüllte den Saal. Und hier saßen sie drei und unterschrieben. Aber war da denn absolut kein Vierter?

Er begann zu vermuten, daß da noch einer gewesen war, gerade weil er es so innerlich wünschte. Aber vielleicht hatten sie den auch gekauft? Der Gedanke regte ihn auf. — Das mußte er noch herausbekommen.

Und so sah er die ganze Zeit Hände, die unterschrieben und Leute, die zusahen. Er sah sie auch, wenn er schlief. Er sah sie, wenn er seine Augen auf jemand richtete, mit dem er sprach. Diese Szene, die mußte bewiesen werden, und darum sah er sie um so fieberhafter, je hilfloser er sich fühlte. Endlich begann er wirklich zu glauben, daß in der Tat ein Vierter in der Nähe gewesen. Erst war er nur wie ein Schatten an der Wand. Aber der Schatten bekam Augen mit denen er zuschaute, wie Norby unterschrieb. Er bekam eine Stimme, mit der er sagte: „Ja, ich sah es. Aber ich will jetzt nichts damit zu tun haben." Aha. Aber das sollte er. . . . Er sollte eines Tages hervor, und wenn er noch so gut dafür bezahlt war, zu schweigen. Und je mehr der Schwurgerichtstermin ihm auf den Leib rückte, um so hitziger wurde Wangen, ihn hervorzubekommen.

Eines Tages hatte er wieder den Schneider mit den wahnsinnigen Augen getroffen und konnte in der Nacht nicht schlafen. Ud da sah er die fremde Gestalt lebendiger als je zuvor, sie wehrte sich noch, sie wollte nicht hervor, aber sie sollte. Bei Gott, sie sollte! Und wenn Wangen sich auch ab und zu am liebsten gegen den Kopf geschlagen hätte und gerufen: „Du bist ja verrückt!" so konnte er doch nicht anders, er mußte sich an diese neue Möglichkeit mit allen Wünschen und Hoffnungen klammern, die ihn vielleicht noch in letzter Minute retten würde.

(Fortsetzung folgt.)

schen Metropole, Köln, als Vertreter des rheinischen Volkes, die feierliche Versicherung, daß Preußen zu den Rheinlanden bis zum Letzten stehen wird, und daß kein Opfer zu groß sein soll, um in werktätiger Hilfe Ihnen zu zeigen, daß wir eins sind und eins bleiben wollen für alle Zeit.

Neue Vorortverbindungen.

Die Verkehrsverbesserungen der Straßenbahn ab 1. Mai.

Am 1. Mai d. J. werden weitere Verkehrsverbesserungen bei der Berliner Straßenbahn eingeführt, die in der Hauptsache einer Verbindung mit den Vororten zugute kommen. **Linie** A wird unter Verlegung ihres jetzigen westlichen Endpunktes in Halensee, Hohrechtstraße, nach Grunewald, Bismarckplatz, und Führung durch die Potsdamer Straße bis Potsdamer Platz über Königgrätzer Straße, Brandenburger Tor, Sommerstraße, Dorotheenstraße, Universitätsstraße bis Friedrich-Karl-Straße verlängert und von hier aus unter **Vereinigung mit der Linie 130** über den Weg dieser Linie — jedoch nicht über Gartenstraße, sondern über Borsigstraße — bis nach Niederschönhausen, Platanenstraße, bzw. Rosenthal geführt. Die jetzige Endhaltestelle in der Mittelstraße kommt dann in Fortfall. Die neue Durchgangslinie Grunewald, Bismarckplatz—Niederschönhausen, Platanenstraße bzw. Rosenthal erhält die **Nummer 30.** Durch diese Maßnahme werden neue unmittelbare Verbindungen zwischen dem Norden und dem Westen hergestellt. Es wird hierdurch auch der volle Betrieb der **Linie 30**, die jetzt eingezogen ist, wieder aufgenommen und zugleich eine durchgehende Straßenbahnverbindung über drei Berliner Hauptbahnhöfe (Potsdamer Bahnhof, Bahnhof Friedrichstraße, Stettiner Bahnhof) geschaffen. Die **Linien 25**, Charlottenstraße—Tegel, **125**, Tegel—Heiligensee, und **126**, Tegel—Tegelort, werden zu den Durchgangslinien **25**, Charlottenstraße, Unter den Linden—Tegelort, und **125**, Charlottenstraße, Unter den Linden—Heiligensee, vereinigt. Hierdurch wird einem langgehegten Wunsch der Bewohner von Heiligensee und Tegelort nach einer direkten Verbindung mit dem Stadtinnern Rechnung getragen. Zur Herstellung einer unmittelbaren Verbindung zwischen Steglitz, Albrechtstraße, Lankwitz, Siemensstraße, mit dem Rathaus Lichterfelde, der Staatlichen Bildungsanstalt, dem Bahnhof Lichterfelde-West werden die Linien LB, Bahnhof Steglitz, Berliner Straße—Bahnhof Lichterfelde-Ost, und LO, Bahnhof Lichterfelde-West—Bahnhof Lichterfelde-Ost, zu einer Durchgangslinie Bahnhof Steglitz und Siemensbrücke verkehrenden Wagen werden unter der Liniennummer **53** bis Bahnhof Lichterfelde-Ost durchgeführt und während des ganzen Tages betrieben. Die jetzige Linie 53, Neukölln, Steinmetzstraße—Behrenstraße, erhält gleichzeitig die **Nummer 155.** Die Linie **36** wird statt bis Kreuzbergstraße, im Zuge der Belle-Alliance-Straße, über den Hohenzollernkorso weitergeführt. Hierdurch erhalten die Bewohner von Neu-Tempelhof eine neue, unmittelbare Verbindung mit dem Moritzplatz und dem Bahnhof Jannowitzbrücke. Auf der **Linie 77**, Wilmersdorf, Paulsborner Straße—Lichtenberg, Viktoriaplatz—Wilmersdorf, Paulsborner Straße, wird werktags an Stelle des jetzigen 30-Minuten-Betriebes ein 20-Minuten-Betrieb eingerichtet. Die Linie C, Neukölln, Ringbahnhof—Halensee, Ringbahnhof, erhält gleichzeitig die **Nummer 31.**

Die Neuköllner Fälscherzentrale.

Die große Paßfälscherzentrale in Neukölln, über deren Aushebung wir vor einigen Wochen berichteten, beschäftigt noch weiter die Behörden. Bei der Verhaftung Hausers, des Inhabers dieser Fälscherwerkstatt, der aus Russisch-Polen hierher zugewandert ist, und einer Anzahl seiner Agenten, bestand gleich der Verdacht, daß noch mehr Leute ihre Hand im Spiel haben müßten. Nachforschungen in den Kreisen der Verwandten und Bekannten der Verhafteten lieferten aber zunächst keinen weiteren Anhalt. Nur ein gewisser Klausner, ein Bursche von 18 Jahren, der angeblich in einer Schäftefabrik tätig war, in Wirklichkeit aber für die Fälscherzentrale Schlepperdienste leistete, wurde noch festgenommen. Er bestritt alles. Weil es an ganz bestimmtem Material gegen ihn noch fehlte, wurde er gegen eine Bürgschaft von 10 000 Mark einstweilen wieder freigelassen.

Nun sind aber manche Paßinhaber, die ihre Papiere durch die Hausersche Gesellschaft oder wenigstens die Visa auf den Pässen, die sie schon besaßen, von dort her bezogen hatten, an der Grenze auf Schwierigkeiten gestoßen. Die Abteilung Ia des Polizeipräsidiums hatte gleich nach Aufdeckung des großen Schwindels die Grenzbehörden, die deutschen sowohl als auch die polnischen, benachrichtigt. Infolgedessen wurden viele Personen, auf deren Pässen gewisse Merkmale nicht in Ordnung waren, auf beiden Seiten angehalten. In Polen wurden auch mehrere festgenommene und erst nach Leistung einer Bürgschaft von 200 000 M. wieder auf freien Fuß gesetzt. Alle diese Leute kommen nun nach Berlin zurück, um Hauser und seine Agenten zur Rede zu stellen. Weil diese aber im Gefängnis sitzen, so wenden sie sich endlich an die Polizei. So hat die Abteilung Ia weiteres Material erhalten, u. a. auch gegen Klausner, der jetzt so schwer belastet ist, daß er von neuem verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurde. Jetzt ergab sich, daß die Fälschungen nicht nur mit den neuen grünen Pässen, sondern auch mit den roten vorgenommen worden sind, die nur bis zum 1. Mai 1921 galten. Die Unterschriften von Konsulats- und Revierbeamten haben die Fälscher zunächst durchgepaust. Sie gewannen dann aber im Laufe der Zeit eine solche Uebung, daß sie dieses Hilfsmittels nicht mehr bedurften. Die Untersuchung zieht noch größere Kreise und weitere Verhaftungen werden wohl noch erfolgen. Das Geld, das auf Konto Hauser bei den Banken stand, ist von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden.

Mit Messer und Revolver.

In der vergangenen Nacht gegen 3 Uhr bedrohte der 20jährige Felix Stacker seinen Onkel Benno Chikowski in dessen Wohnung. Als Beamte des Ueberfallkommandos Hallesches Tor die Wohnung betraten, stürzte sich St. mit gezücktem Messer auf einen Unterwachtmeister, doch gelang es diesem noch rechtzeitig, sein Seitengewehr zu ziehen und den Angreifer durch zwei Schläge über den linken Arm kampfunfähig zu machen. Er wurde überwältigt und trotz heftiger Gegenwehr nach der nächsten Wache geführt. — Im Hause Invalidenstr. 131 wurde die 24 Jahre alte Elise Schröder auf der Treppe von dem 17jährigen Dreher Valentin Klein überfallen. Der Bursche setzte ihr einen Revolver auf die Brust und verlangte die Herausgabe ihres Geldes. Auf ihre Hilferufe flüchtete der Täter, konnte aber an der Ecke der Invaliden- und Borsigstraße eingeholt und dingfest gemacht werden.

Rattengift im Rotkohl.

Der außerordentlich seltene Fall, daß eine unter Mordanklage stehende Person aus der Untersuchungshaft entlassen wird, hat sich dieser Tage zugetragen. Wie seinerzeit berichtet worden war, war die Frau Klara Zabel unter dem Verdacht verhaftet worden, ihren Ehemann durch Gift beseitigt zu haben, und zwar sollte sie ihm am Weihnachtsheiligabend 1921 Rattengift in den Rotkohl geschüttet haben, nach dessen Genuß Z. verstarb. Eine auf Antrag des Verteidigers von dem Gefängnisarzt Dr. Bürger vorgenommene Beobachtung der Z. ergab eine starke geistige Minderwertigkeit. Dieses Ergebnis in Verbindung mit der Annahme, daß weder Fluchtverdacht noch Verdunkelungsgefahr vorliegt, hat zur Folge gehabt, daß die Z. jetzt auf Antrag des Verteidigers aus der Untersuchungshaft entlassen worden ist.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft ruhig. **Fische** knapp, Geschäft rege. **Obst** und **Gemüse** schwach, Geschäft still.

*

Am Mittwoch galten in der Zentralmarkthalle folgende **Kleinhandelspreise:**

Rindfleisch 30—37 M., ohne Knochen 38—44 M. **Schweinefleisch** 38—45 M. **Kalbfleisch** 30—45 M. **Hammelfleisch** 31—44 M. **Lisen** 50 M. **Schellfisch** 8—12 M. **Seelachs** 8—9 M. **Dorsch** 7 M. **Flundern** 8—11 M. **In Eis: Schleie** 28—30 M. **Hechte** 21—25 M. **Aale** 35—45 M. **Lebende Barsche** 18—21 M. **Plötzen** 15—17 M. **Bleie** 17—23 M. **Naturbutter** 53—65 M. **Margarine** 30—41 M. **Schweineschmalz** 44—49 M. **Eier** 3,80 bis 4,20 M. **Dänischer Käse** 34 M., **Tilsiter** 44 M., **Schweizer** 60—62 M. das Pfund. **Kartoffeln** 23—31 M. 10 Pfund. **Blumenkohl** 15—25 M. der Kopf. **Ausländischer Weißkohl** 8,50 M. **Wilde Kaninchen** 26 M. das Pfund. **Puten** 52—55 M. **Gänse** 72—75 M. **Enten** 54 M.

Er machte alles.

Frauenjäger, Pfandscheinfälscher und Kreditschwindler.

Ein vielseitiger Gauner wurde aus der Untersuchungshaft in der Person des schon mehrfach vorbestraften Kaufmanns Ludwig Welz vorgeführt, um sich vor der Strafkammer des Landgerichts 1 wegen schwerer Urkundenfälschung und Betruges in mehreren Fällen zu verantworten. Mitangeklagt war die Kontoristin Berta Hänel.

Vor einiger Zeit tauchten in Berlin Pfandscheine über Brillanten Preise für Gold und Brillanten ein begehrtes Kaufobjekt. Schließ- ausgegeben worden waren. Diese Scheine waren, da die Beleihungssummen recht niedrig waren, angesichts der plötzlich hinaufgeschnellten Preis für Gold und Brillanten ein begehrtes Kaufobjekt. Schließlich stellte sich zum Leidwesen aller Beteiligten heraus, daß eine Pfandleihe Kaping gar nicht existierte, die Scheine also eine geschickte Fälschung waren. Nach vielen Bemühungen gelang es der Kriminalpolizei, den Fälscher in der Person des jetzigen Angeklagten Welz zu ermitteln, der die Scheine in Gemeinschaft mit seiner Geliebten, der Mitangeklagten Hänel, angefertigt und in den Verkehr gebracht hatte. Gleichzeitig stellte es sich heraus, daß W. auch noch eine Reihe anderer Straftaten auf dem Kerbholz hatte. So schwebt u. a., weil er neben seiner Geliebten mehrere „Bräute" hatte, die er um hohe Summen gebracht hatte, ein Strafverfahren wegen Heiratsschwindels. Außerdem hat W. eine Anzahl von Kreditschwindeleien begangen. — Auf Antrag des Verteidigers waren zu der gestrigen Verhandlung nicht weniger als vier psychiatrische Sachverständige geladen, die bekundeten, daß der Angeklagte, obwohl er ein stark geistig minderwertiger Mensch ist, einen großen Einfluß auf Frauen auszuüben verstanden habe. — Der Staatsanwalt beantragte gegen Welz mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit seines Treibens vier Jahre Zuchthaus und gegen die Mitangeklagte Hänel 9 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte gegen die H. auf 5 Monate Gefängnis bei bedingter Begnadigung, während Welz zu 1½ Jahren Zuchthaus unter Anrechnung von 6 Monaten der Untersuchungshaft verurteilt wurde.

Treibriemensohlen.

Die ständig steigenden Preise für Reparaturen an Stiefeln und Schuhen hat eine besondere Kategorie von Einbrechern geschaffen, deren Spezialität es ist, Treibriemen zu stehlen, zu verschneiden und als Sohlenleder unter der Hand an den Mann zu bringen. Da die Treibriemen aus dem besten und haltbarsten Leder bestehen, sind diese Art Sohlen sehr begehrt und es finden sich genügend Hehler, die solche Treibriemensohlen hoch bezahlen. Oftmals gelingt es der Kriminalpolizei, den Einbrechern die noch unzerschnittenen Treibriemen abzunehmen und sie den Bestohlenen wieder zuzustellen. Manchmal sind aber die Eigentümer trotz aller Bemühungen nicht zu ermitteln. Im Zimmer 79 des Polizeipräsidiums am Alexanderplatz lagern augenblicklich sehr wertvolle neue Treibriemen, deren Besitzer sich bisher noch nicht gemeldet haben.

Die Verdienstspanne im Lebensmittelkleinhandel.

Der Fachausschuß D der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin, Neue Friedrichstraße 9/10, hat in seiner letzten Sitzung unter Leitung des Stadtv. Genossen Pattloch folgende Kleinhandelsaufschläge beschlossen: Für Fettwaren bis 15 Proz., Margarine im Ausstich bis 20 Proz., Mehl bis 22½ Proz., Zucker 20 Proz., Käse 20 Proz., Eier 12½ Proz., Kaffee roh 15 Proz., gebrannt 20 Proz., Getreidekaffee und Kaffeeersatz 20 Proz., Hülsenfrüchte 20 Proz., Kunsthonig und Marmelade 20 Proz., ungepackt 25 Proz., Grieß 25 Proz., Teigwaren 20 Proz., Gemüsekonserven 20 Proz., Obstkonserven 25 Proz., Speiseöle 20 Proz., Kondensmilch, gezuckert 20 Proz., ungezuckert 25 Proz., Salz 25 Proz., Gewürze 30 Proz., Hefe 50 Proz. Diese Aufschläge verstehen sich als Aufschläge auf den Gestehungspreis und sind richtunggebend für die Verdienstspanne im Kleinhandel. Die Bevölkerung hat natürlich ein großes Interesse daran, zu wissen, wieweit die Preistreiberei einzelner gewissenloser Geschäftsleute unterbunden werden muß. Hierbei die Preisprüfungsstelle zu unterstützen, ist Pflicht jedes Konsumenten, besonders unserer Frauen.

Betrügereien bei der Friedensvertragsabrechnungsstelle liegen einer umfangreichen Anklage zugrunde, die demnächst das Schwurgericht des Landgerichts I beschäftigen wird. Angeklagt sind mehrere Angestellte der Friedensvertragsabrechnungsstelle. Bei dieser Behörde wird die 26proz. Exportabgabe verrechnet, die in Mark an die deutschen Firmen erstattet wird, während das Reich mit dem Ausland hierüber gesondert abrechnet. Die deutschen Exporteure reichen zu diesem Zweck sogenannte Bons ein, die von der Behörde nach Prüfung honoriert werden. Unter fälschlicher Anfertigung derartiger Gutscheine versuchten nun die jetzt angeklagten Angestellten den Staat zu schädigen, was ihnen auch in mehreren Fällen gelang. Um vor Entdeckung sicher zu sein, zogen die Haupttäter nun neue Angestellte in die Sache hinein. Einer dieser nachträglich ins Vertrauen gezogenen und nur wegen eines Falles angeklagten Bureauangestellten namens Schwabe, der von Rechtsanwalt Dr. Erich Treitel verteidigt wird, machte zu seiner Entschuldigung geltend, daß er nur ein Gehalt von 1250 M. bezogen habe und in der Not der Verführung und Versuchung erlegen sei.

Adler und Hahn — ein Vexierbild. Einer der von der Straßenbahn herausgegebenen 10 Notscheine zeigt den Verkehr am Halleschen Tor mit den verschiedenen Personenbeförderungsmitteln. Gleichzeitig ist er ein Vexierbild, in dem man bei einigem Suchen den Kopf eines Hahnes und den eines Adlers findet. Dieses Vexierbild soll auf die beiden Stadträte Adler und Hahn Bezug haben.

Ein Kognakbrand. Die Feuerwehr wurde vor kurzem nach dem Hause Usedomstr. 21 gerufen. Hier war der Gastwirt Hugo Tietz beim Scheine einer Petroleumlampe mit dem Abfüllen von Kognak beschäftigt, als plötzlich die Lampe explodierte und der Kognak in Flammen aufging. Dabei erlitt Tietz erhebliche Brandwunden an Händen und Füßen und mußte nach dem Lazarus-Krankenhause geschafft werden.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Sonntag, den 30. April, nachmittags 3 Uhr, im Neuen Volkstheater, Cöpenicker Str. 68, „Schuster Niclos". Komödie von Arnold Kübler. Karten zu 10 M. einschl. Kleiderablage und Theaterzettel im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Tr., Zimmer 8, und bei den Bildungsausschußmitgliedern der Kreise Tiergarten, Hallesches Tor, Charlottenburg, Spandau, Neukölln und Tegel. — Donnerstag, den 4. Mai, nachmittags 5½ Uhr, im Bureau des Bezirksbildungsausschusses: Sitzung des engeren Bildungsausschusses. Die Anwesenheit aller Mitglieder ist dringend erforderlich. — Sonntag, den 30. April, abends ½8 Uhr, im Klindworth-Scharwenka-Saal, Lützowstr. 76: Vortragsabend zum Gedächtnis Ludwig Rubiners „Der Kampf gegen die Masse". Rezitationen: Alfred Beierle und Rudolf Leonhard. Karten zu bedeutend ermäßigten Preisen (statt 36 M. 16 M., statt 12 M. 8 M.) im Bureau des Bezirksbildungsausschusses.

Zirkus Tarasselli. zurzeit in Neukölln, hat für die zweite Hälfte des April ein gutes Programm zusammengestellt. Renello am rotierenden Luftapparat hat den Beifall, den er mit seinen sicheren Leistungen erntete, verdient. Der Reitakt der bekannten Jackson-Leniecktruppe war brillant. Lotti Janowski als Akrobatin arbeitet mit einer bewundernswerten Ruhe und hat ihren Körper in voller Gewalt. Kunstturnerinnen und die guten Freiheitsdressuren des Herrn Lenjek bilden den Schluß des ganzen. Das bekannte Manegeschaustück „Krone und Fessel" ist auch hier eingekehrt. Aber das anwesende Publikum hat nur ein kräftiges Hohnlächeln für die im Stück vorkommenden nationalistischen Momente. Schwarzweißrote Fahne und anderer Klimbim beschließen das Stück, das sind aber Dinge, die die guten lebenswerten Leistungen der Mitwirkenden nicht zu unterstreichen, wohl aber zu verdecken geeignet sind. Ein großer Teil der Bevölkerung hat an solchen Dingen keine Freude.

Hotelbrand in Washington. In dem neuen Willard-Hotel brach in dem im 12. Stockwerk befindlichen Ballsaal ein großes Schadenfeuer aus, das die drei obersten Stockwerke schwer in Mitleidenschaft zog. Tausende von Hotelgästen, unter ihnen der Vizepräsident der Vereinigten Staaten Coolidge, zahlreiche Senatoren und Abgeordnete, mußten beim Ausbruch des Feuers Hals über Kopf flüchten. Glücklicherweise wurde niemand verletzt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Parteigenossen und Genossinnen!

Trefft alle Vorbereitung zur würdigen Durchführung der Maidemonstration. — Treffpunkte und Zeit sind so zu wählen, daß die Züge pünktlich um 11 Uhr im Lustgarten angelangt sind. Pflicht jedes einzelnen ist es, die Demonstration, da alle sozialistischen Arbeiterparteien daran teilnehmen, so wuchtig wie möglich zu gestalten. Die Bannmeile ist zu beachten. Ordner im Zuge stellen die Kreise resp. Abteilungen. Fahnen, Schilder und Banner sind mitzubringen.

*

Erscheinen der Genossen zu den Veranstaltungen stets erforderlich!

9. Kreis. **Pankow.** Donnerstag, den 27. April, 7½ Uhr, im „Türkischen Zelt", Breite Str. 14, große öffentliche Versammlung aller Beamten und Angestellten der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden. Tagesordnung: „Welche Forderungen können die Beamten in Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden stellen?". Ref. Schriftsteller Robert Breuer und Lokomotivführer Konrad Wiegand. Freie Aussprache.

Achtung, Beamte und Angestellte der Kriminal-, grünen und blauen Polizei! Die für Donnerstag, den 27. April, festgelegte Versammlung aller Beamten und Angestellten, die auf dem Boden der SPD. stehen, findet wegen der am gleichen Tage vom Verband der Preußischen Polizeibeamten veranstalteten Massenversammlung nicht statt, sondern erst am 28. April, 7 Uhr, in der Sophien-Schule, Weinmeisterstraße Nr. 16—17 (Zeichensaal). Tagesordnung: „Wirtschaftsfragen und Volkswohlfahrt". Ref. Gen. Dr. Israel. Freie Aussprache.

5. Kreis. **Friedrichshain.** Donnerstag, den 27. April, Lichtbildervortrag: „Die Tuberkulose und ihre Bekämpfung". Vortragender Genosse Dr. Hirschfeld. 7½ Uhr Schulaula Petersburger Straße 4.

2. Kreis. **Tiergarten.** Freitag, den 28. April, pünktlich 7 Uhr (da der Referent um 9 Uhr fortgehen muß), Frauenabend in den Arminius-Hallen, Bremer Str. 72—73. Thema: „Die Gedankengänge der proletarischen Jugend". Ref. Pfarrer Dehn. — Freitag, den 28. April, 7½ Uhr im Nationalhof, Bülowstr. 37, öffentliche Elternversammlung. Tagesordnung: „Neuwahl der Elternbeiräte. Ref. Professor Oestreich, Pastor Francke und Lehrer Pensang.

9. Kreis. **Wilmersdorf, Grunewald, Schmargendorf.** Freitag, den 28. April, 7½ Uhr, bei Pieper, Wilmersdorf, Gasteiner Str. 6, Versammlung des Bezirkswohlfahrtsausschusses und aller in der Kommunalverwaltung tätigen Parteigenossen und -genossinnen. Ref. Stadtrat Oppel über: „Die Neuorganisation der Wohlfahrtspflege im Bezirk".

14. Kreis. **Neukölln.** Freitag, den 28. April, 6 Uhr, Sitzung des Bildungsausschusses im Sekretariat, Jägerstr. 66. Alle Ausschußmitglieder sowie die von den Abteilungen bestimmten Helfer zum 1. Mai müssen erscheinen.

Heute, Donnerstag, den 27. April:

36. Abt. 7½ Uhr Lichtbildervortrag in der Schulaula Petersburger Str. 4. Ref. Dr. Magnus Hirschfeld. Thema: „Die Tuberkulose und ihre Bekämpfung".

Jungsozialisten! Gruppe Friedrichshain. 7½ Uhr Gemeindeschule Straßmannstraße 6, im Konferenzzimmer, „Bunter Abend".

Frauenveranstaltungen:

38. Abt. Charlottenburg. 7½ Uhr bei Stein, Passauer Str. 35. Thema: „Balutafragen". Ref. Gen. J. Altmeier. Gäste willkommen.

Morgen, Freitag, den 28. April:

101. Abt. Treptow. 7½ Uhr Generalversammlung im Zeichensaal der Schule Wildenbruchstraße. Thema: „Das Reichsmieten- und das Wohnungsabgabengesetz". Ref. Karl Felgentreu. Wahl des Vorstandes und Parteiangelegenheiten.

106. Abt. Johannisthal. 7½ Uhr Funktionärsitzung bei Godin, Roonstr. 2.

Jungsozialisten. Gruppe Norden. 7½ Uhr Gemeindeschule Putbuser Str. 4 bis 6, in der Turnhalle Turn- und Spielabend.

Frauenveranstaltungen:

83. Abt. Lichterfelde. 7½ Uhr im Jugendheim, Albrechtstr. 14a. Thema: „Wir Frauen und der Sozialismus". Ref. Klara Bohm-Schuch.

* * *

Für alle in den staatlichen Museen beschäftigten Arbeiter, Angestellte und Beamte findet am Freitag, den 28. d. M., um 5 Uhr eine Versammlung im Hörsaal des Kunstgewerbemuseums, Prinz-Albrecht-Str. 8, statt. Maifestvortrag des Genossen Legationsrat Dr. Zechlin.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, SW. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Trp. Telephon Moritzplatz 121 08—121 10.

Achtung, Sportleiter! Die in Aussicht genommene Sitzung zur Vorbesprechung des Sportfestes findet am Freitag, den 28. d. M. nicht statt.

Heute, Donnerstag, den 27. April:

Lankwitz. Jugendheim Steglitzstr. 6. Vortrag: „Nikotin und Alkohol". — **Norden.** Jugendheim Gemeindeschule Putbuser Str. 6. Vortrag: „Der elektrische Strom". — **Strelauer Viertel.** Jugendheim Gemeindeschule Naglerstr. 8. Vortrag: „Bedeutung des 1. Mai". — **Reinickendorf-West.** Jugendheim Scharnweberstraße. Volkshaus. Vortrag: „Die freigewerkschaftliche Jugendbewegung". — **Süden.** Jugendheim Gemeindeschule Schillerstr. 54. Vortrag: „Burschen und Mädels in der Arbeiterjugend".

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Verband Volksgesundheit. Donnerstag ½8 Uhr Oberrealschule Niederwallstraße 12, Vortrag des Reinarztes Genossen Dr. Wilhelm Winsch: „Einfluß der Wärme auf Gesunde und Kranke".

Mieterverband Schöneberg. Geschäftsstelle Albertstr. 13. Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 27. April, 8 Uhr, in der Hohenzollernschule, Belziger Straße 43. Tagesordnung: Mieterbewegung und Reichsmietengesetz. Beitragserhöhung. Verbandssatzung.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen. Ortsgruppe Neukölln, hält am Donnerstag, den 27. April, eine Hinterbliebenenversammlung ab und wird über das hochaktuelle Thema „Die Umanerkennung der Hinterbliebenenrenten" referiert werden. Die Versammlung findet nicht, wie bereits mitgeteilt, bei Balewski, Boddinstraße, sondern im Saale des Lokals „Weidmannslust", Neukölln, Münchener, Ecke Erlanger Straße, statt. Beginn 7 Uhr abends.

Kriegsopferversammlung. Wie bereits gemeldet, findet am 28. April, 8 Uhr, im Kaiser-Friedrich-Zelt, Berliner Str. 88, eine öffentliche Versammlung sämtlicher Kriegsopferkategorien statt, und zwar mit den Themen: „Kriegs- und Arbeitsinvaliden", Ref. Erwin Barsanti, und „Die wirtschaftliche Lage der Kriegsopfer", Ref. Kurt Großmann. Erscheinen unbedingt erforderlich.

Briefkasten der Redaktion.

Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. — Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof part. links, vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

F. J. 87. 1. und 4. Ja, da Sie die sogenannte Jemeinskklausel unterschrieben haben. 2. Ja. 120 Proz. 3. Ja, soweit die Miete den Höchstaufschlag überbietet. 5. Der Abgabe wird der jährliche Nutzungswert des Grundstücks nach dem Stande vom 1. Juli 1914 zugrunde gelegt. — E. T. 1. und 4. Ja. 2. Im Termin müssen Sie Ihre Einwendungen vorbringen. 3. 1921.

Wirtschaft

Der Schacher um die Brotversorgung.

Die letzte Konferenz der deutschen Ernährungsminister hatte einhellig die **Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Getreideumlage** festgestellt.

Alle, die mit Grauen die Profitsucht der Agrarier bei der Freigabe der Kartoffeln beobachtet haben, werden über die Absicht, die Getreideumlage aufrechtzuerhalten oder vielleicht sogar zu erhöhen, eine gewisse Befriedigung darüber empfunden haben. Konnte man doch jetzt damit rechnen, daß wenigstens die Brotversorgung im kommenden Wirtschaftsjahr zu erträglichen Preisen gesichert erscheint. Wer glaubte, daß die Regierung so kurzsichtig und die Landwirtschaft und der Handel so raffgierig sein könnten, die Aufhebung der Umlage zu fordern? Die miserable Kartoffelversorgung im vergangenen Herbst, verbunden mit der rücksichtslosesten Preistreiberei, war ja noch in aller Erinnerung. Die Kartoffeln kosten heute in Pommern 210 bis 240 M. per Zentner, das ist mehr als das 100fache des Friedenspreises, während der Arbeiter durchschnittlich nur das 30fache des Friedenslohnes verdient. Das Bestreben der Agrarier, mit allen Produkten an die Weltmarktpreise zu kommen, ist eine verwerfliche, ja verbrecherische Methode, weil die **Gestehungskosten** in keinem Fall diesen Preisen entsprechen. Um so weniger hatte die Landwirtschaft Ursache, die Weltmarktpreise für sich in Anspruch zu nehmen. Dennoch erscheinen fortgesetzt die Forderungen der Landwirte und der ihnen nahestehenden Händler in der bürgerlichen Presse aller Schattierungen. Immer sind es Produzenten- und Händlerinteressen, die geltend gemacht werden. Auf die Masse der Verbraucher, die von ihrem kargen Lohn und Gehalt den notwendigen Lebensbedarf für sich und ihre Familie täglich erwerben müssen, wird nie Rücksicht genommen. Deshalb muß es gerade aufreizend wirken, wenn in der Nr. 16 vom 21. April der „Landesprodukten-Zeitung" ein Artikel, überschrieben „**Die zukünftige Getreide- und Futtermittelbewirtschaftung**", in der Einleitung sagt:

„Die Regierung ist von ihrem ursprünglichen Plan, unter **allen Umständen die Getreideumlage als die einzig in Betracht kommende Wirtschaftsform für die Getreidebewirtschaftung anzusehen, abgekommen**, da die Landwirtschaft geschlossen gegen die Getreideumlage Stellung nahm. Jedoch will die Regierung nur dann auf eine erneute Getreideumlage verzichten, wenn anderweitig Mittel und Wege im Verlaufe der Verhandlungen gefunden werden, die die Sicherstellung eines bestimmten Getreidevorrats — man spricht von anderthalb Millionen Tonnen — ermöglichen. **Im Reichsernährungsministerium wird nicht so sehr viel Wert auf die Beibehaltung der Umlage gelegt**, als vielmehr darauf, „eine Möglichkeit zur Stabilisierung und Verbilligung des Brotpreises zu erhalten."

Sind diese Zeilen zutreffend, dann ist es höchste Zeit, daß die organisierte Arbeiter- und Beamtenschaft im Lande aufwacht und **Abwehrmaßnahmen** trifft. Freie Wirtschaft — freie Ausbeutung der Konsumenten ist die Parole dieser Interessenten. Ich bin kein unbedingter Anhänger der Zwangswirtschaft, die sich bei nebensächlichen Artikeln kaum durchführen läßt. Aber bei der Bedeutung, die die Brotversorgung für das Gesamtwohl des deutschen Volkes hat, muß diese Sicherung der Ernährung erhalten werden. Zirka 4 Millionen Tonnen Brotgetreide müssen mindestens eingeführt werden. Wenn das Ausland erst weiß, daß die Regierung nicht durch Reserven gedeckt ist, welche Preise werden dann von uns gefordert werden! Und die einheimischen Landwirte? Bieten sie uns dann das Getreide etwa zu niedrigen Preisen an? Sie verlangen ja schon jetzt den Weltmarktpreis plus Fracht.

Im gleichen Artikel wird behauptet, daß die Aufhebung der Umlage verbilligend auf den Getreidemarkt wirken wird. Gleichzeitig soll die Getreideproduktion durch die freie Wirtschaft steigen. Aus welcher Ursache heraus denn? Doch nur, weil man mit viel höheren Preisen bei freier Wirtschaft rechnet. Das wichtigste aber ist die **Versorgung überhaupt**. Bei der zentralen Regelung und der Vorratswirtschaft der Reichsgetreidestelle war die Versorgung mit Brotgetreide gesichert. Die Reichsgetreidestelle hat oft „schweres Geschütz" auffahren müssen, um das nötige Getreide zu erhalten. Man denke an Stelle der Reichsgetreidestelle den **freien Handel** und das **Mühlengroßkapital** und im Hintergrunde die Agrarier, dann bekommt man das richtige Bild von den Zuständen, wie sie sich bei der Aufhebung der Getreideumlage sicher entwickeln werden. In diesem Punkte kann es für die Regierung wie für die Volksvertreter im Parlament nur eine Parole geben: **An der Getreideumlage darf unter keinen Umständen gerüttelt werden.**

Gustav Friedrich-Bochum.

Verteidiger der Steuerhinterziehung.

Kürzlich brachte die „Deutsche Bergwerkszeitung" eine Zuschrift, die sich mit der Opposition eines Aktionärs in der Generalversammlung der **Gerresheimer Glashüttenwerke** beschäftigte. Die Zuschrift schloß mit folgender, die Geistesverfassung sicherlich vieler Aktionäre und Verwaltungsmitglieder kennzeichnenden Bemerkung:

„Stellt ein Aktionär oder Aktionärvertreter, wie dies letzthin in der Generalversammlung der Gerresheimer Glashüttenwerke geschah, Anfragen an die Verwaltung, deren Beantwortung nicht den Interessen der Gesellschaft, sondern den **Finanzämtern dienlich** sein könnte, dann handelt es sich eben um das Vorgehen einer verärgerten Opposition, gegen das von seiten der übrigen Aktionäre mit Recht Front gemacht wurde. Der Aktionär erwirbt Aktien und damit eine Beteiligung an einem Unternehmen aus **privatwirtschaftlichen Gründen und nicht aus öffentlich-rechtlichen Gründen**, und selbst der Aktionär, der in **berechtigter** Opposition gegen die Verwaltung steht, sollte sich nicht über das Interesse der Gesamtheit der Aktionäre und des Unternehmens hinwegsetzen, um irgendeiner Verärgerung Luft zu machen."

In der Generalversammlung hatte nämlich ein Aktionär, der die Interessen der alten Besitzer von Stammaktien durch die Ausgabe neuer Vorzugsaktien bedroht glaubte, herausgerechnet, daß der **Reingewinn** nicht 9, wie es die Gesellschaft ausgewiesen hatte, sondern **25 Millionen** betrage! Auf die Frage, ob in der Bilanz stille Rücklagen enthalten seien, wurde die Auskunft verweigert. Sie liege nicht im Interesse der Gesellschaft.

Aus dieser Auslassung nun und aus der Kritik des unbeliebten Aktionärs geht zweierlei hervor: Einmal daß, was allgemein bekannt ist, die Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften oft in sehr geschickter Weise der **Steuergesetzgebung** auszuweichen wissen. Denn nur dann kann es ihnen peinlich sein, daß Aktionäre Auskünfte verlangen, die „den Finanzämtern dienlich sein könnten", aber die Interessen der Gesellschaft „schädigen". In der Zuschrift kennzeichnet sich aber auch die **privatwirtschaftliche Denkweise** welche die meisten Aktionäre beherrscht und die in den meisten Fällen auch von den Vorständen und den Aufsichtsräten geteilt wird. Es ist doch ein verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, daß der Besitzer einer Aktie **nur** als Aktionär und Teilhaber des Unternehmens ein geschäftliches Interesse an dem Augenblicksgewinn der Aktiengesellschaft hat. Entzieht sich ein Unternehmen seiner Steuerpflicht, so kann es bei den geltenden Strafbestimmungen sehr leicht passieren, daß es später zu einer **erhöhten** Nachzahlung herangezogen wird. Dann aber ist der Erfolg des Steuerbetruges auch für den privatwirtschaftlich denkenden Aktionär gleich Null, wofern er inzwischen nicht so klug gewesen ist, seine Aktien zu verkaufen. Das freilich ficht den Verfasser dieser Zuschrift nicht an. Mit der Leichtfertigkeit, die die Flut der Gewinne in den letzten Jahren in das Geschäftsgebaren vieler Kapitalisten und mancher Unternehmungen hineingetragen hat, sieht man es als selbstverständlich an, daß Aktionärsinteressen gefährdet werden, wenn das Reich zu seinem Recht kommt. Der Steuerfiskus sollte sich das eindringlich vor Augen halten und die frisierten Bilanzen gründlicher Revisionen unterziehen.

Nachdem jetzt **Arbeitervertreter** in die Aufsichtsräte von Industrieunternehmungen entsandt werden, wird es ihre besondere Aufgabe sein, die **Interessen der Allgemeinheit** gegenüber den Interessen des Einzelbetriebes oder einer einzelnen Finanzgruppe wahrzunehmen. Die vielen Kapitalverwässerungen der letzten Jahre und die trotzdem noch steigenden Dividenden zeigen, daß es genug Unternehmungen gibt, die ihre Gewinne in irgendeiner verdeckten Form zur Ausschüttung bringen, um sie dem Zugriff der Steuerbehörde zu entziehen. Damit aber verschlechtern sie die Reichseinkünfte und erhöhen sie die Notwendigkeit, große Steuerbeträge, die von der Industrie aufgebracht werden könnten, auf **andere** Weise beizutreiben, und hier bleibt gewöhnlich als letztes Hilfsmittel das bequeme, aber nicht nur sozial, sondern auch volkswirtschaftlich bedenkliche Mittel der **indirekten Steuer**. Diese wieder wird hauptsächlich von der breiten Masse, das ist also **vom Arbeiter selbst**, getragen. Der Arbeitervertreter, der also Steuerhinterziehungen industrieller Unternehmungen Vorschub leistet, schadet sich nur damit selbst. Gelingt es, diesen Standpunkt auch innerhalb der Aktiengesellschaften durchzusetzen, so würden zwar die Dividenden und Bezugsrechte etwas spärlicher ausfallen, das Recht der Allgemeinheit an den Produktionsmitteln aber immerhin besser zur Geltung kommen, als es jetzt durch die privatkapitalistischen Aktionäre, die nur eine einseitige Gewinnpolitik verfolgen, der Fall ist.

Deutschlands Verbrauch an Kautschuk. Zu den wenigen Rohstoffen, von denen Deutschland jetzt bereits mehr einführt als vor dem Kriege, gehört der Kautschuk. Nach einer Zusammenstellung des Statistischen Reichsamts führte es vor dem Kriege 16,5 Millionen Kilo, 1920 noch 12,1 Millionen Kilo, in den 10 Monaten von Mai 1921 bis Februar 1922 hingegen bereits **20,7 Millionen Kilo** Kautschuk mehr ein als aus, und hat damit unter den wichtigsten Verbraucherstaaten dieses Rohstoffes wieder dieselbe Stellung eingenommen wie vor dem Kriege. Es steht an dritter Stelle. Produktion und Bedarf der Welt an Kautschuk hat während des Krieges gewaltig zugenommen, sodaß die internationalen Verbände den Plantagenbesitzern infolge der eingetretenen Absatzkrise eine Einschränkung der Produktion um ein Viertel empfohlen haben. Dieser Rat wurde von den Interessenten sofort befolgt. Denn bereits im letzten Jahre hat die Gesamtproduktion um rund 21 v. H. abgenommen. Für das neue Wirtschaftsjahr wurde eine Wiederholung dieser Produktionseinschränkung von den Interessenten abgelehnt.

Wetter bis Freitag mittag. Mild, zeitweise aufklarend, aber überwiegend bewölkt, mit wiederholten, vielfach ergiebigen Regenfällen bei starken anfangs südlichen, später südwestlichen Winden.

Gegen rauhe aufgesprungene Haut
CREME MOUSON
vollkommenstes Hautpflegemittel

Putz' die Schuh' mit Glyzoran

Opernhaus: D. Zauberflöte 7 Uhr
Schauspielhaus: Peer Gynt 7½ Uhr
Deutsch. Theat. 7½: Cyrano von Bergerac. Freitag 7½: Cyrano von Bergerac
Kammerspiele 8: Das Paketboot Tenacity. Freitag 7½: Der Meister
Gr. Schauspielh. (Karlstraße) 8: Dantons Tod. Freitag 7½: Judith
Im Theater i. d. Königgrätzer Str. tägl. 7.30 U.: Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler
Komödienhaus 7.30: „Gretchen" Erika Glässner, R. A. Roberts
Berliner Th. 7.30: Madame Flirt
Residenz-Th. Tägl. 7½ Uhr: Eine Frau ohne Bedeutung. Irene Triesch, Korff, Sandrock, Bertens

Volksbühne Theater a. Bülowpl. 7½ Uhr: Die Ratten
Lessing-Th. 7½ Uhr: Madame Sans-Gêne. Freitag 7: Faust. Sonnab. u. Stg. 7½: Mad. Sans-Gêne. Montag 7: Faust
Deut. Künstler-Th. Heute bis Sonnt. 7½: Operettengastspiel: Die Csardasfürstin. Mont. 7½: Kollege Crampton
Trianon-Th. Täglich 8 Uhr: Der Vulkan. Lustspiel v. L. Fulda. Eugen Burg, Limburg, Junkermann
Kleines Th. Tägl. 7½ Uhr: Das kleine Schokoladenmädch. Blondine Ebinger, Albers, Bendow
Metropol-Varieté Behrenstr. 54: Der tote Punkt. Duette, Terzette von Pflanzer-Ziegler. Else Müller. 3 Junetros. Sher, Alvari, Libal. Reeves & Reeves. 2 Boreleis, Pitnay, Jupsin-Bario. Lotte Werkmeister

Central-Th. 7½: Die Mädels v. Davos
Deutsch Opernhaus 7 Uhr: Der Prophet
Friedrich-Wilhelmst. Th. 8 Uhr: Frauenräuber
Intimes Theater 8: U. Bubi will nicht! Die Peitsche und ...?
Klein. Schauspielh. 7½ Uhr: Der keusche Lebemann
Lustspielhaus 8 Uhr: Werwolf
Metropol-Theater 7½ Uhr: Bajadere
Neues Operett.-Th. 8 Uhr: Lady Chic
Neues Th. am Zoo 8 Uhr: Scampolo
Neues Volkstheater 7½ U.: Schuster Aiolos
Schiller-Th. Charl. 8 U.: 5 Frankfurter
Schloßpark-Th. Stegl., Schloßstr. 45. 7½ Uhr: Balduins Hochzeit
Thalia-Theater 7½: Die Herren von und zu ...
Th. a. Nollendorfpl. 7½: Fledermaus als Erziehler
7½ U.: Verliebte Leute
Theater d. Westens 7½: Schwed. Ballett
Theater im d. Kammerandant. Str. 8 Uhr: Gelbstern
Wallner-Theater 7½ U.: Die beiden Nachtigallen
Walhalla-Theater 7½ U.: Gasthaus der Liebe
Theater des Ostens (Rose-Theater) 7½: Heirat auf Probe

Komische Oper 7½. Dir.: James Klein 7½. Der Sensationserfolg Berlins! Der Meister vom Montmartre. 3 Bilder a. d. Liebesleb. Offenbachs unter Verwend. Offenbachsch. Musiken. In den Hauptrollen: Dr. Waldemar Staegemann, Margit Suchy, Else Müller, Balzer-Lichtenstein, Herbert Kiepert, Fritz Steidl, Erich Bartels, Hans Werder. Vorverkauf ununterbrochen

Circus Busch. Tägl. 7½, Sonnt. auch 3 U. Am Freitag! Versuch des Mexik. Szeny, sich aus 10facher Polizeifessel zu befreien! 120 Polizeibeamte a. Berlin werden diese gewalt. Leistung des Ausbrecherkönigs überwach. Außerd. Circus-Sensat. Störtebeker, der Seeräuber

Scala. Tägl. 8 Uhr. Internat. Varieté

Russ.-Deutsch.-Th. „D. blaue Vogel" Goltzstraße 9. Nollendorf 1613. Anfang 8½ Uhr. Vorstellung allabendl.!

Folies Caprice 8,8 u pers. Regie v. Dir. Ant. Herrnfeld. „Nachtdienst" v. A. u. D. Herrnfeld. „Mandelbaums Hochzeitsreise" v. A. u. D. Herrnfeld

Wintergarten. Varieté-Spielplan. Pauchen gefallen!

Apollo 8 U. Theater 8 U. Dir. Jam. Klein. Allabendlich Die große Ausstatt.-Operette von Paul Lincke: Venus auf Erden. In den Hauptrollen: Grete Sellin, Martin Kettner, Fritz Spira, Erna Alberti, Else Reval. 30-Damen-Ballett. Varieté-Sensationen. Vorverk. ununterb.

Casino-Theater Lothringer Str. 37. Tgl. 7½. Der neue Schlager: Der Neffe aus Afrika. Ferner: vollständig neuer Teil u. a. Singspiel Letzt. Rose. Volkstüml. Preise! Stg. 3½: Der starke Herr

Reichshallen Th. Allabendl. 7½ Uhr u. Sonnt. nachm. 3 Uhr: Stettiner Sänger. Dönh. Brettl, Anf. 7½ U.

Theater a. Kottb. Tor. Allabdl. 7½. Sonntags nachm. 3 U. Elite-Säng. u. a. Ein toll. Ehemann u. Berl. Anno Tobak

Beethoven-Saal: Morgen Freitag 8 U.: II. Liederabend — Louis Graveure (New York). Schubert, Brahms, Moussorgski, Strauss, Liszt. A. Fl.: Arpád Sándor. Karl.: 50-10 M. b. Bote & Bock, Werth. u. a. d. Abendk.

Etablissement Café Zielka. Friedrichstr. 59-60, Ecke Leipziger Str. Heitere Spiele. Margaretensaal. Tägl. Jean Moreau

Muster f. alle Gelegenheit. stellt die Ortsverwaltung des Deutschen Musiker-Verbandes, Kaiser-Wilh.-Str. 31. Norden 5988.

Heidelberger Radium Pastillen hergestellt a. d. Heidelberger radioaktiven Thermalquelle unter Aufsicht der Stadt. Heilmittel geg. Heiserkeit, Schleimhautkrankheiten, Gicht. Zu beziehen in allen Apotheken und Drogerien. Alleinvertrieb Klinghoff & Korte, Fabrik pharmazeutischer Spezialitäten, Heidelberg.

Achtung! Noch sehr preiswert Achtung! Oberhemden, Leinenwäsche, Sportwäsche, Einsatz- und Normalhemden, Strumpf- und Wollwaren, moderne Krawatten. Spez.: Dauerwäsche. J. Altberg, Neukölln, Bergstraße 155. Filiale: Berlin, Oranienstraße 199

Für Gold- u. Silber-Bruch Brillanten etc. zahlt die höchsten Tagespreise Juwelen-Einkaufs-Gesellschaft Berlin Antwerpen Beuthstraße 12 (Spittelmarkt)

Tuchfabrik-Niederlage H. Lamprecht, Bln.-Treptow, Bouchéstr. 17, liefert Stoffe f. Damen u. Herren zu Fabrikpreis. Gr. Auswahl i. d. modernsten Farben für Anzug u. Paletots.

Freibadverpachtung
Die Bewirtschaftung des Freibades am Tegeler See soll verpachtet werden. Die Pachtbedingungen können gegen Einsendung der Portokosten vom Bezirksamt Reinickendorf (Gesundheitsamt) bezogen werden, wohin schriftliche Angebote mit Pachtsumme bis zum 2. Mai d. Js. zu richten sind.
Berlin-Reinickendorf, den 25. April 1922.
Bezirksamt 20. Gesundheitsamt.

Metall-Ankauf Königstor. Neue Königst. 87 zahlt Tagespreise für Messing, Kupfer, Blei, Zink etc. Metallbetten, Stahlmatratzen, Kinderbetten bil. an Priv. Katal. 30 A fr. Eisenmöbelfab. Suhl (Th.)

Krause Pianos zur Miete. Ansbacher Str. 1, Ecke Kurfürstenstraße

Ausschneiden!
Bekanntmachung!
Vom 27. April bis 6. Mai gelangen im
Leihhaus
Rosenthaler Platz — Brunnenstrasse 5 — Rosenthaler Platz
ca. 400 Anzüge
aus besten, z. T. englischen Maßstoffen in reiner Wolle, nur erstklassige Rosshaar-Selbstverarbeitung, jeder Massarbeit gleich, zu konkurrenzlos billigen Preisen zum Verkauf. Keine Lombardware.
Eile geboten!

WIR BRINGEN Billige

Lebensmittel

Kartoffeln Pfd. 2.70
Spinat .... Pfund 3.40
Rhabarber ... Pfund 3.75
Salat .... Kopf 3.50
Weizenmehl feinstes .... Pfund 9.00
Tafelreis ...... Pfund 11.00
Kaffeemischung mit 10% Bohnen .. Pfund 16.00
Schnittnudeln mit Frischei hergestellt Pfd. 18.50
Landeier frische Stück 3.55

Leipziger Strasse — **FLEISCH** — Alexanderplatz

Schweinenieren gefroren .... Pfund **12.00**
Hammelrücken gefroren .... Pfund **24.00**
Pr. Rindfleisch ohne Knochen, gefroren .... Pfund **36.00**

Wurstwaren

Rotwurst .... Pfund 32.00
Landleberwurst II ...... Pfund 32.00
Landleberwurst I .... Pfund 45.00
Blut- und Leberwurst in Dosen, ausgewogen .... Pfund 17.00
Grobe Mettwurst .... Pfund 38.00
Teewurst .... Pfund 52.00
Schinkenwurst .... Pfund 55.00
Amerikanisches Rindfleisch in Dosen, ausgewogen .... Pfund 24.50

Amer. Schweine-Schmalz Pfd. 39.50
Tfl.-Margarine Pfd. 29.50
Kokosfett .... Pfund 33.00
Pflaumenmus Pfd. 8.50
Marmelade . Pfund 9.00
Spitzkäse .... Pfund 24.00
Faustkäse .... Pfund 24.00
Landkäse ..... Stück 8.50
Kaninchen gefroren .... Pfund 12.00

Kabliau kopflos, im ganzen .... Pfund **7^20**
Seelachs kopflos, im ganzen .... Pfund **6^50**

HERMANN Tietz

Leipziger Strasse · Alexanderplatz · Frankfurter Allee

Heringe grüne .... Pfund **3^80 6^80**
Sprotten geräucherte ..... Pfund **13^00**

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verw. Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Friedrich Hennig

Lichtenberger Straße 7
am 26. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet am Freitag, den 28. d. M., nachm. 6 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstraße, statt. — Rege Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83/85.
Geschäftszeit vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.

Heute Donnerstag, den 27. April, abends 7 Uhr, bei **Wollschläger,** Adalbertstr. 21:

Branchenversammlung aller in der Drahtindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung: 1. Bericht der Verhandlungskommission über unsere Forderungen. 2. Diskussion.

Das Erscheinen aller Beschäftigten ist unbedingt notwendig.

Freitag, den **28. April, nachm. 4 Uhr,** in der **Schulaula,** Pankstr. 41, Eingang Böttgerstraße:

Branchenversammlung

Tagesordnung: 1. Bericht der Tarifkommission. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.
Es ist Pflicht jedes Kollegen, zu erscheinen
Die Ortsverwaltung.

Verein der Freidenker für Feuerbestattung E. V.

Gegründet 1905 — Sitz in Berlin

Geschäftsstelle: Berlin SW 68, Oranienstraße Nr. 83—84
Postscheckkonto: Berlin NW, Nr. 18957
Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 6176

Geöffnet von 10—4 Uhr — Sonnabends von 10—1 Uhr

Mitgliederversammlungen

Tagesordnung: **1. Berichterstattung von der Generalversammlung. 2. Neuwahl der Bezirksleitung.**

Bezirk 1 (Mitte): Freitag, den 28. April 1922, abends 7 Uhr, Aula der Sophienschule, Weinmeisterstr. 16/17.

Bezirk 3 (Wedding): Freitag, den 28. April 1922, abends 7 Uhr, Aula des Lessing-Gymnasiums, Pankstr. 18.

Bezirk 11 (Schöneberg, Friedenau): Dienstag, den 9. Mai 1922, abends 7½ Uhr, in der Aula Frauistr. 37.

Bezirk 13 (Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde): Freitag, den 28. April 1922, abends 7 Uhr, in Mariendorf, Kaiserstraße, Gymnasium-Aula.

Bezirk 15 (Johannisthal): Donnerstag, den 27. April 1922, abends 7½ Uhr, im Lokal von „Tollnack", Friedrichstr. 18.

Bernau b. Berlin: Sonnabend, den 29. April 1922, abends 8 Uhr, Gewerkschaftshaus, Kaiser-, Ecke Chausseestraße.

Zossen u. Umg.: Sonnabend, den 29. April 1922, abends 7½ Uhr, im Wald- und Gerschlag (Restaurant Krüger) Dabendorf.

Die Mitgliedskarte ist am Saaleingang der Kontrolle vorzuzeigen! 182/1

Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**

Ortskrankenkasse der Klempner zu Berlin

Bekanntmachung

Die Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten im Ausschuß werden hiermit zu der am Freitag, den 5. Mai 1922, abends 7 Uhr, im Kassenlokal, Wallstraße 68 II, stattfindenden

Ausschußsitzung

eingeladen. 164/12

Tagesordnung:
1. Wahl d. Ausschußvorsitzenden.
2. Abnahme der Jahresrechnung f. das abgelaufene Geschäftsjahr 1921 und Bericht der Rechnungs-Prüfungs-Kommission.
3. Satzungsänderung.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand
Hermann Ziegler, Vorsitzender

Fast völlig kahl war mein Mann infolge einer Haarkrankheit. Durch Reichels Haarkraftwasser „Roll" ist der Haarwuchs wieder voll u. dunkel wie früher. — Derartige Anerkennung. laufd. M. 20.—, 35.—. **Otto Reichel,** Berlin 43, SO., Eisenbahnstr. 4.

SOEBEN ERSCHIENEN

Die Rote Gewerkschafts-Internationale

Herausgegeben vom Vollzugsbüro der Roten Gewerkschafts-Internationale

Aus dem Inhalt:

Nr. 1 (12): *Losowsky:* Anhänger und Gegner der Einheitsfront · *S. Forgeron:* Wen wollen die Amsterdamer täuschen? *H. Brandler:* Die Entwicklungsbedingungen der R.G.I. *John Jons:* Im allrussischen Kohlentrunker · *Aus der internationalen Arbeiterbewegung:* Berichte und Artikel aus Frankreich, Deutschland, England, Italien, Schweiz, Finnland, Lettland, Spanien, Rumänien, Vereinigte Staaten, Mexiko, Persien · **Aus dem Lager unserer Klassenfeinde:** *R. N.:* Die Tätigkeit der Unternehmerorganisationen · *G. B.:* Errungenschaften der Genfer Konferenz · Internationale Bauarbeiterkonferenz in Bregenz · Aufruf der K. I. und R. G. I. Vor dem Forum der russischen Arbeiterschaft u. s. m.

Nr. 2 (13): *A. Losowsky:* Der Wiederaufbau Europas und die Gewerkschaften · *S. Forgeron:* Ein Familienskandal bei den Amsterdamern · *Andreas Nin:* Die Syndikalisten und die Internationale · *Eugen Varga:* Die Weltwirtschaft drei Jahre nach Kriegsschluß · *Aus der internationalen Arbeiterbewegung:* Berichte und Artikel aus Deutschland, Frankreich, England, Italien, Schweiz, Tschecho-Slowakei, Ungarn, Schweden, Bulgarien, Indien, Japan, Süd-Afrika · *Aus dem Lager unserer Klassenfeinde:* Internationaler Kongreß der Unternehmer im Baugewerbe · Für die „Offene Werkstatte" · *Wirtschafts-Chronik; I. N.:* Krise und Arbeitslosigkeit in Deutschland · Das Ende der „Konjunktur" in Oesterreich · Die russischen Gewerkschaften in der Uebergangszeit (Thesen) · Berichte des Vollzugsbüros u. s. m. · Bibliographie

Preis pro Nummer M. 20.—, Organisationsausgabe M. 10.—

Zu beziehen durch den Buchhandel oder direkt von der Auslieferungsstelle für Deutschland:

Phöbus-Verlag, Berlin SW 11,
Königgrätzer Straße Nr. 109

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Ortsverwaltung Berlin :: Berlin N 24, Johannisstr. 14/15

Freitag, den 28. April 1922, abends 6 Uhr, im großen Saal des „Gewerkschaftshauses", Engel-Ufer 24-25

Generalversammlung

Tagesordnung:
1. Bericht vom ersten Quartal.
 a) Geschäftsbericht; b) Kassenbericht; c) Bericht der Revisoren.
2. Verbandsangelegenheiten.
3. Die Wahl zum Gewerkschaftskongreß.

Zutritt nur gegen Vorweis der Delegiertenkarte und des Mitgliedsbuches. 34/16 **Die Ortsverwaltung.**

Kunstspielpianos u. Flügel

VIRTUOLA

Fußbetrieb / Elektrisch
beides vereinigt
ermöglichen gleichzeitig Wiedergabe der Musikstücke nach Auffassung des Künstlers und Selbstnuancierung

Römhildt A.-G., Leipziger Str. 119 bis 120, I. Stock.

Ankauf Juwelen
Margraf & Co.,
Kanonierstr. 9.

Riesenpreise zahle ich für
Gold- u. Silbersachen
Uhren, alte Münzen, Platin
Zahngebisse b. 10 000 M., Zähne b. 300 M. Brillanten, Schmucksachen, Ferngläser
Karl Hodam, Linkstr. 33/34
an der Eichhornstraße, Potsdamer Platz

Pickel, Sommersprossen, Hautunreinigkeit usw. werden schmerzlos, unmerkbar für die Umgebung abgeschält durch **echte Vater-Philipp-**Schälkur, danach kommt anmutige junge zarte Haut zum Vorschein; à 12 M. v. Laboratorium, Dresden-Zschachwitz 146. Erhältlich bei der Elefantenapotheke, Leipziger Str. und Drogerien Bastianstr. 2, Fehmarnstraße 3, Reinickendorfer Str. 119, Charlottenstr. 76, Pankow, Prinzstr. 6.

Spezial-Arzt Dr. Scotti i. Haut- u. Geschlechtsleid.
Syphilis-, Salvarsan-Kur ohne Quecksilb. Versit Harnleid., Schwäche, Glänz. Erfolg. Blutuntersuchung. Im ältest. Löser-Instit.
Dir.: Löser senior 9—1, 4—8, Sonnt. 9—1
Rosenthaler Str. 69/70, nahe N. Damenz. separ.

Kreuzfüchse 500 M.

Alaska-, Blau-, Zobel-, Silber-, Weißfüchse, Luchse, Wölfe, enorm billig!
Damen-Pelzmäntel 3500, Sportpelze 1500, Gehpelze 2000 M.
Ferner **Cutaways, Paletots, Schlüpfer jetzt 950 M.** an. (Keine Lombardwaren).
Leihhaus Moritzplatz 58a (Größtes Spezialhaus dieser Art)

Jedes Wort 2.00 M. Das fettgedruckte Wort 3.00 M. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort (fettgedruckt) 2.00 M., jedes weitere Wort 1.50 M. Worte über 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

Anzeigen für die nächste Nummer müssen **bis 4½ Uhr nachm.** in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Verkäufe

Bettwäsche billig, weil eigene Fabrikation. Deckbettbezüge 126.—, Kissen 38.—, Bettlaken 62.— an. Angestaubte Bezüge weit unter Preis! Prima Ueberschlaglaken 395.—. Paradekissen, Züchen, Wäschestoffe, Damaste, Dimiti Engrospreise. Für Aussteuer Sonderrabatt. Bettwäschefabrik, Dresdenerstraße dreiunddreißig (Nähe Prinzenstraße). Geöffnet bis 7. *

Bettwäsche billigst! Riesenauswahl in Bezügen 135.—, Kissen 38.—, Bettlaken 66.— an. Prima Ueberschlaglaken 425.—, Paradekissen, Wäschestoffe, Inletts, Dimiti, Damast, bunte Bezugstoffe, Handtücher, nur prima Qualitäten. Fabrikpreise! Streng reelle Bedienung. Wäschefabrik Stumpe & Jäger, Landsbergerstraße achtundachtzig. Größtes Bettwäsche-Spezialgeschäft. *

Bettwäsche allerbilligst! Nie wiederkehrende Gelegenheit! Nur diese Woche. Ohne Rücksicht auf Preiserhöhung. Deckbettbezüge von 128.—, Laken 94.—, Inletts 275.—, Einzelne Bezüge und Kissen (angestaubte Reisemuster) unter Selbstkosten. Handtücher, Wäschestoffe, Damaste zu Fabrikpreisen. Aelteste Spezial-Bettwäschefabrik, Graefestraße neununddreißig (Hasenheide). *

Billige Bettwäsche. Prima Qualität, zum Teil etwas angestaubt. Deckbett 170.—, Laken 72.—, Kissen 40.—. Enorm große Auswahl in Hemdentuchen, Inlette, Züchen, Kessel, Tischtücher, Servietten, Frottierwäsche usw. Zentral-Bettwäschefabrik, Charlottenburg, Berliner Str. 99 (zwischen Wilhelm- und Luisenplatz), Friedenau, Rheinstraße 39 (an der Kaiserallee). Geöffnet für den Detailverkauf von 9—7. *

Nirgends besser kaufen Sie erstklassige Herrenmoden, wie Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw. in unübertrefflicher Auswahl und Schönheit zu konkurrenzlos billigen Preisen. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßverarbeitung. Fahrgeld-Vergütung. Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenstraße 5, direkt Rosenthalertor. *

Sibirischer Kreuzfuchs, selten schön, 375, prachtvoller Silberfuchs 750, außerdem Silberwolf, Blaufuchs, Zobelfuchs billig verkäuflich. Goldmann, Alexandrinenstr. 44 II, Ecke Kommandantenstr.

Sie sparen Geld! Wenn Sie im Leihhaus Humboldt, Gerichtstr. 23, gegenüber der Städtischen Badeanstalt, Anzüge, Ulster, Schlüpfer, Hosen, Pelzwaren kaufen. Spottbillige Preise. Keine Lombardware. *

Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7. Sonderangebot in Anzügen, Schlüpfern, Pelzwaren, Stoffen. Nur beste Qualitäten. Enorm billige Preise. Keine Lombardware. *

Pelzwaren, Sportpelze, Katzenjacken, Kreuzfüchse, Silberfüchse, Zobelfüchse, Wölfe enorm billig. Keine Lombardware. Leihhaus Spiegel, Chausseestr. 7.

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Hallesches Tor) verkauft spottbillig Anzüge, Schlüpfer, Paletots. Pelzwaren-Gelegenheitskäufe: Sportpelze, Gehpelze, Katzenjacken, Füchse aller Art. Keine Lombardware. *

Auf Teilzahlung. Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer, moderne Maßarbeit, bequeme, diskrete Ratenzahlung, reichhaltiges Lager. Kein Eingang von Neuheiten. Leiser Gottlieb, Rollendorfstr. 22a, 2. Etage, Nähe Rollendorfplatz. Geöffnet 9—7. *

Staunenerregend! Wunderbare Neuheiten in Kreuz-, Alaska-, Zobel- und Silberfüchsen! Riesenauswahl aller Pelzarten zu fabelhaft billigen Sommerpreisen! Keine Versatzwaren. Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus! Warschauerstraße 7. *

Gardinenkäufer! Noch größeren Vorrat in Künstlergardinen, Stores, Bettdecken zu meinen billigen Preisen. Witte, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 66a, I. *

Anzüge, Sommerpaletots, Sommerschlüpfer, Covercoats, Cutaways, Gehrockanzüge, Gummimäntel, Hosen, jetzt fünfzig Prozent billiger. Friedensstoffe. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstr. 203/4, Ecke Rosenthalerstraße. *

Kavalier-Garderobe, wenig getragen und neu, billig. Monats-Garderobenhaus „Triumph", Elsasserstraße 41, zweites Haus von Friedrichstraße. Blaue Firmenschilder. Nur Flureingang Elsasserstraße 41. *

Auf Teilzahlung. Moderne Herrengarderobe in vornehmster Ausführung, bequeme, diskrete Teilzahlung. Gebrüder Feniger, Oranienburgerstr. 58, Seitenflügel (Nähe Oranienburger Tor). Geschäftszeit 9—7. Hausnummer genau beachten.

Tapeten, Wachstuche, Linoleum, Dauerwäsche verkauft Szillat, Kolonnenstraße 9.

Achtung! Neu eröffnet! Monatsgarderobenhaus, Brunnenstr. 5, 1. Etage, direkt am Rosenthaler Platz. Große Auswahl in Herrenanzügen, Schlüpfern, Covercoats, Gummi- und Gabardinemänteln zu immer noch alten Preisen. Ferner Verleih von wenig getragenen, teils auf Seide gearbeiteten Frack-, Smoking-, sowie Cutawayanzügen. *

Monatsanzüge, Sommerpaletots zu staunend billigen Preisen. Rat, Germannstraße 25/26, früher Mulackstraße. *

Möbel

Möbel werden teurer! Wer wirklich solide und trotzdem preiswerte Möbel sucht, besichtige unbedingt mein großes Lager in kompletten Zimmer-Einrichtungen, eleganten Küchen, Einzelmöbeln und Sofas. Besichtigung lohnt. Tischlermeister Julius Apelt, Adalbertstr. 6, am Kottbuser Tor. *

Metallbetten 250.—, Chaiselongues 275.—, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderdrahtbett. Meicke, Augustraße 32a, Quergebäude. *

Chaiselongues, Umbausofas, Auflagematratzen, Patentmatratzen. Walter, Stargarder Straße achtzehn. *

Ruhebetten, gute Stoffe und solide Arbeit. Walter, Neukölln, Böhmischestraße 46. *

Fahrräder

Brennaborräder! Görickeräder, Welträder, 990.—, Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Fahrräder kauft Kraus, Große Frankfurterstraße 52. 91/13

Kaufgesuche

Silberschmelze Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Glühstrumpfasche, Quecksilber, sämtliche Metalle. 145K*

Maschinenschrauben, Muttern kauft Albrecht, Reinickendorferstraße 10. *

Fahrradankauf, Linienstr. 16. 149K*

Schallplatten, Kilo 50.—, nur heute noch, drei zerbrochene eine neue, neuester Schlager. Bielsch, Friedrichstr. 9.

Schmirgelleinen, Spiralbohrer, Feilen kauft Lindner, Köpenickerstr. 98. *

Geschäftsankäufe

Für Flüchtlinge suche dringend Geschäfte mit tauschlosen Wohnungen. Anrufen Norden 82. Depen, Chausseestraße 118. Vertreterbesuch kostenlos. *

Unterricht

Stolze-Schrey. Gründliche Ausbildung in der Kurzschrift. Maschinenschreiben auf allen gebräuchlichen Maschinen. Uebungsstunden, Diktatstunden, Buchführung, Rechnen, Schriftverkehr, Schnellschönschreiben, Deutsch. Lehrpläne kostenlos. Kaufmännische Privatschule Hugo Strohlendorff, Spittelmarkt, Beuthstr. 11. *

Vermietungen

Wohnungen

Wohnungen. Vermietung, Tausch. Hauseigentümer Bast, Gollnowstraße 35, Lange Straße 78, Lindowerstraße 8. Bekanntester Wohnungsnachweis Berlins; auch Sonntags. *

Wedding, Gesundbrunnen. Tausche 3-Zimmer-Wohnung gegen kleinere. Bast, Wohnungsnachweis, Lindower Straße 8. Auch Sonntags. *

Wohnungen vermietet, mietet, tauscht Bast, Berlins bekanntester Wohnungsnachweis, Langestr. 78; auch Sonntags.

Verschiedenes

Vertrauensvolle Auskunft, Untersuchung, diskret, langjährige Erfahrung, gewissenhafte Behandlung. Damen. Frau Folden, kreisärztlich geprüft, Fruchtstraße 35, vorn III links (direkt Schlesischer Bahnhof). *

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Aufwartefrau, 7—10 vormittag, verlangt Engers, Besselstr. 6. 1250b

Liefermädchen, schulentlassenes, sucht Stickerei Weiß, Sebastianstr. 27—28.

Schleifer-Vorarbeiter
für Tafelgeräte suchen Weiß & Samek, Berlin-Wilmersdorf, Babelsberger Str. 41.

Putz!!! Tüchtige Garniererinnen und Zuarbeiterinnen
bei hohem Gehalt sofort oder später, ferner geübte Einrichterin per bald gesucht.
Frank & Lehmann — Siegmund Haagen G. m. b. H.
Wallstraße 11/12. 27/12

Modelltischler
stellt **sofort** ein
Berliner Maschinenbau-Actien-gesellschaft
vorm. **L. Schwartzkopff Werke**
Scheringstraße 13-28

Tüchtige
Schraubendreher und **Automaten-Einrichter**
für Offenbacher Automaten zu sofortig Eintritt bei gutem Verdienst gesucht.
Schraubenfabrik Erdmann & Graß
Ritterstr. 11

Einrichter
für Halbautomaten, Pittler- u. Drehe-Revolver- • Drehbänke stellt ein
NAG,
Oberschöneweide

Tüchtige
Verkäuferinnen
für
Kurzwaren, Wirtschaftsartikel
sofort gesucht.
Meldungen: 12—2 Uhr mittags, 5—7 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
Kottbuser Damm 1

ZZ Botenfrauen u. Männer
werden zu den neuen, sehr stark erhöhten Löhnen eingestellt:

Ackerstr. 174 (Koppenplatz)
Bärwaldstraße 42
Bastianstraße 7
Boxhagener Str. 62
Greifenhagenerstr. 22
Immanuelkirchstr. 24
Lausitzer Platz 14/15
Lübecker Straße 11
Markusstraße 36
Müllerstraße 34 a
Petersburger Platz 4
Prinzenstraße 81
Steglitzer Straße 87
Wattstraße 9
Wilhelmshav. Str. 48
Borsigwalde, Räuschstraße 10
Lichtenberg, Wartenbergstraße 1
Neukölln, Neckarstr. 2 u. Siegfriedstr. 28/29
Niederschöneweide, Brückenstr. 10
Niederschönhausen, Treskowstraße 27
Schöneberg, Belziger Straße 27
Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Straße 13

2 Verkäuferinnen
für Herrenartikel werden per sofort gesucht. Zeugnisabschriften und Referenzen sind abzugeben bei
Altberg, Neukölln, Bergstr. 155
2 Lehrmädchen werden angenommen.